

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Korrigiertes Wortprotokoll

73. Sitzung

Berlin, den 23.05.2012, 10:00 Uhr
Sitzungsort: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus
Sitzungssaal: MELH 3.101

Vorsitz: Eva Bulling-Schröter, MdB
Stellv. Vorsitz: Horst Meierhofer, MdB

Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1a) S.5

Antrag der Abgeordneten Frank Schwabe, Dirk Becker, Gerd Bollmann,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Klimaziel der EU auf 30 Prozent anheben

BT-Drucksache 17/9561

Tagesordnungspunkt 1b) S.5

Antrag der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Dorothee Menzner, Ralph Lenkert,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Europäisches Klimaschutzziel für 2020 auf 30 Prozent Treibhausgasminderung erhöhen -
Überschüssige Emissionsrechte stilllegen

BT-Drucksache 17/9562

Tagesordnungspunkt 1c) S.5

Antrag der Abgeordneten Bärbel Höhn, Dr. Hermann E. Ott, Hans-Josef Fell,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

EU-Klimaziel anheben - 30 Prozent Emissionsminderung bis 2020

BT-Drucksache 17/9175

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

CDU/CSU

Brand, Michael
Caesar, Cajus
Dött, Marie-Luise
Flachsbarth, Maria, Dr.
Gebhart, Thomas, Dr.
Göppel, Josef
Hirte, Christian
Jung, Andreas
Koeppen, Jens
Liebing, Ingbert
Nüßlein, Georg, Dr.
Paul, Michael, Dr.
Petzold, Ulrich

SPD

Becker, Dirk
Bollmann, Gerd
Bülow, Marco
Kofler, Bärbel, Dr.
Miersch, Matthias, Dr.
Schwabe, Frank
Vogt, Ute
Wolff, Waltraud

FDP

Brunkhorst, Angelika
Kauch, Michael
Knopek, Lutz, Dr.
Meierhofer, Horst
Skudelny, Judith

DIE LINKE.

Bulling-Schröter, Eva
Lenkert, Ralph
Menzner, Dorothee
Stüber, Sabine

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fell, Hans-Josef
Krischer, Oliver
Ott, Hermann E., Dr.
Steiner, Dorothea

Stellv. Mitglieder des Ausschusses

Bareißen, Thomas
Bilger, Steffen
Brinkhaus, Ralph
Gerig, Alois
Heider, Matthias, Dr.
Kruse, Rüdiger
Lehmer, Max, Dr.
Poland, Christoph
Pols, Eckhard
Röring, Johannes
Ruck, Christian, Dr.
Rüddel, Erwin
Schindler, Norbert

Beckmeyer, Uwe
Burkert, Martin
Hempelmann, Rolf
Hofmann, Frank
Kelber, Ulrich
Lemme, Steffen-Claudio
Lösekrug-Möller, Gabriele
Röspel, René

Breil, Klaus
Happach-Kasan, Christel, Dr.
Kober, Pascal
Solms, Hermann Otto, Dr.
Staffeldt, Torsten

Dittrich, Heidrun
Leidig, Sabine
Petermann, Jens
Voß, Johanna
Weinberg, Harald

Höhn, Bärbel
Kotting-Uhl, Sylvia
Kurth, Undine
Maisch, Nicole

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigegefügt.

Bundesregierung

Bundesrat

Fraktionen und Gruppen

Tagesordnungspunkt 1a)

Antrag der Abgeordneten Frank Schwabe, Dirk Becker, Gerd Bollmann,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Klimaziel der EU auf 30 Prozent anheben

BT-Drucksache 17/9561

Tagesordnungspunkt 1b)

Antrag der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter,
Dorothee Menzner, Ralph Lenkert,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Europäisches Klimaschutzziel für 2020 auf 30
Prozent Treibhausgasminderung erhöhen -
Überschüssige Emissionsrechte stilllegen

BT-Drucksache 17/9562

Tagesordnungspunkt 1c)

Antrag der Abgeordneten Bärbel Höhn, Dr.
Hermann E. Ott, Hans-Josef Fell,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

EU-Klimaziel anheben - 30 Prozent
Emissionsminderung bis 2020

BT-Drucksache 17/9175

dazu wurden verteilt:

Ausschussdrucksachen 17(16)530A und
17(16)530B

Vorsitzende: Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüße Sie
herzlich zu unserer heutigen Anhörung.

Vor allem möchte ich unsere Sachverständigen
herzlich begrüßen, von/vom:

Germanwatch e. V., Christoph **Bals**,
Öko-Institut e. V., Dr. Felix Christian **Matthes**,
Alstom, Giles **Dickson**,
Institut der deutschen Wirtschaft Köln,
Dr. Hubertus **Bardt**,
Ecofys Germany, Dr. Niklas **Höhne** und
Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung,
Prof. Dr. Anders **Levermann**.

Ich begrüße Sie sehr herzlich. Wir befassen uns
heute mit drei Anträgen zum Klimaziel der EU -
auf 30 Prozent anheben - und möchten wissen,

wie Sie dazu stehen. Die drei Anträge sind von
den Oppositionsfraktionen SPD, DIE LINKE. und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellt. Wir sind
gespannt, wie Sie die Anträge beurteilen und wie
Sie das einschätzen. Ich danke für Ihr Kommen
und möchte dann auch gleich beginnen.

Zuerst haben wir jetzt eine Runde, in der Sie
noch einmal zu den Anträgen Stellung nehmen
können. Jeder von Ihnen hat fünf Minuten Zeit.
Danach gehen wir in die Debattenrunde über.

Wir haben das **strukturiert**. Es soll zuerst um die

- **Bedeutung für das europäische Emissionshandelssystem / Effort Sharing** gehen, als ersten Punkt. Dann die
- **Bedeutung für das Erreichen des nationalen Klimaziels** und als dritten Punkt, die
- **Bedeutung für die internationale Klimapolitik**,

damit Sie auch Bescheid wissen, wie wir das
strukturieren.

Ich würde gleich beginnen und SV Christoph
Bals (Germanwatch e. V.) zuerst das Wort
geben.

SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.): Ganz
herzlichen Dank. Danke auch für die Einladung.
Ich komme gerade mit dem Nachtzug von Bonn,
wo im Moment die internationalen
Klimaverhandlungen stattfinden. Für jeden, der
hier über 30 Prozent diskutiert, wäre es
ausgesprochen hilfreich, zu sehen, wie stark die
EU dort unter Druck kommt, dieses
30-Prozent-Ziel bald zu liefern. Die Gruppe der
kleinen Inselstaaten, die Gruppe der Least
Developed Countries, zusammen mit der EU,
mehr als 110 Staaten, die haben letztes Mal
beim Gipfel in Durban den gesamten Gipfel vor
sich hergetrieben und ihn letztlich zu einem
einigermaßen erfreulichen Ergebnis geführt.
Diese anderen Gruppen machen jetzt enormen
Druck und sagen, es geht doch nicht, eine Allianz
der Ambitionen zu bilden. Und die EU ist nicht
einmal bereit ein Ziel, was in dem Rahmen
dessen liegt, mit dem man ein 2-Grad-Limit noch
einigermaßen erreichen kann, vorzulegen. Nach
IPCC wären das 25 bis 40 Prozent. Aber nicht
nur das. Der chinesische Delegationsleiter stellt
sich ans Mikrofon, und sagt, er würde vor Scham
erröten, wenn er so ein ambitionsloses Ziel wie
das der EU im Plenum verkünden müsste.
Tatsächlich zeigen die vier unabhängigen
Studien, die es dazu gibt, dass die nationalen,
rechtlich-verbindlichen Ziele in China
ambitionierter sind, als die Ziele der
Industrieländer, auch wenn sie nicht ausreichend
sind. Diese Art von Positionierung hat es in den
letzten 20 Jahren für die EU in
Klimaverhandlungen nie gegeben. Wenn sie die

mit zum Erfolg führen will, ist es dringend angesagt, jetzt das 30-Prozent-Ziel in den nächsten Wochen zu beschließen.

Zweiter Punkt EU-Krise: Die ILO (International Labour Organization) hat am Montag eine neue Studie vorgelegt, die Jugendarbeitslosigkeit in Europa, in der EU, geht nun auf 26,5 Prozent bis Ende des Jahres hoch. In Spanien sind mehr als die Hälfte der Jugendlichen, der jungen Menschen, arbeitslos. Das Wort von der verlorenen Generation macht die Runde. Das 30-Prozent-Ziel aber würde, so die Studie, „A New Growth Path for Europe“, bis zu 6 Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze in Europa generieren, die Investitionsquote von 18 auf 22 Prozent erhöhen. Was für die Diskussion um Sparen und Wachstumspakt auch zentral ist, es würde dabei nicht die öffentlichen Defizite erhöhen, sondern über die Versteigerungserlöse und Steuereinnahmen sogar zusätzliches Geld in die Kassen spülen.

Energiewende: Die Energiewende kann nicht zum Erfolg geführt werden, ohne die CO₂-Preisrahmensetzung des Emissionshandels und ohne die Einnahmen, die aus dem Emissionshandel generiert werden, die wir so dringend z. B. für den Bereich Energieeffizienz, z. B. im Gebäudesektor, brauchen. Diese Einnahmen brauchen wir aber wiederum auch für den internationalen Klimaschutz. Wir sehen in der EU, dass sie im Moment nicht in der Lage ist, feste Zusagen zu machen, wie sie sich denn den versprochenen 100 Milliarden US-Dollar bis 2020 annähern will, weil eine feste Einnahmequelle fehlt, dass bei den jetzigen CO₂-Preisen auch nicht absehbar ist, wie dieses Geld zustande kommen soll.

Polen: Deutschland kommt eine Schlüsselrolle zu, im Dialog mit Polen den Bewegungsspielraum für die polnische Regierung so zu erhöhen, dass die polnische Regierung ohne Gesichtsverlust handeln kann. Wir sehen, dass die polnische Regierung das Doppelveto vom März jetzt so bewertet, dass dies der Reputation des Landes geschadet hat. Hier ist Bewegungsspielraum. Einerseits muss deutlich gemacht werden und muss dann Polen klar sein, dass eine weitere Blockade bei den EU-Haushaltsverhandlungen ein zu berücksichtigender Faktor in der Gesamtdebatte sein wird. Andererseits bedarf es eines Bündels von Kooperationsangeboten, vom Netzausbau bis hin zu Kooperationen bei Effizienz und erneuerbaren Energien sowie der Umsetzung der in den letzten Jahren gegenüber Polen gemachten Versprechungen. Wovon Polen sagt, da wurde uns einiges versprochen, bei der ersten Runde zum Emissionshandel, was nicht eingehalten worden ist.

Last not least: Viele Verbände im Rahmen der Klimaallianz führen im Moment eine Kampagne

durch, um für dieses 30-Prozent-Ziel Druck zu machen. Das sind mehr als 100 Verbände, von der Caritas bis zum Altenverein, von evangelischen Landeskirchen bis zu Unternehmensverbänden für erneuerbare Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung, von der IG Bau bis zum BUND, WWF oder Germanwatch. Wir werden die Kanzlerin und die Bundesregierung daran messen, ob es hier einen Durchbruch für 30 Prozent gibt. Im Juni beim Umweltrat und beim EU-Gipfel müssen die entscheidenden Weichenstellungen dabei mit vorgenommen werden.

Wir werden Ihnen allen gleich ein paar Handschuhe anbieten, um dieses Anpacken auch zu symbolisieren. Sie werden sehen, 30-Prozent-Anpacken, dafür ist jetzt die Zeit gekommen. Herzlichen Dank.

Vorsitzende: Danke schön. Als Nächster spricht SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.).

SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.): Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, herzlichen Dank. Nach diesen haptischen Einlassungen fällt es mir jetzt ein bisschen schwer, mit trockenen Zahlen zu kommen. Ich will aber versuchen, Ihnen meine Sicht auf die Problematik oder auf die Herausforderungen in drei Punkten darzustellen und danach den Versuch zu unternehmen, eine Bewertung oder eine Einordnung dieser Anträge vorzunehmen.

Erstens: Wir diskutieren inzwischen in der Europäischen Union, wie auch international, wie auch in Deutschland, nicht mehr nur über kurz- und mittelfristige Ziele, sondern das, was in den letzten 2 Jahren passiert ist, Europa im Jahr 2011, in Deutschland in den Jahren 2010 und 2011, und zunehmend auch international, langfristige Ziele. Von daher ist mein erster Punkt, man wird die Debatte um ein 30-Prozent-Ziel für die Europäische Union bis zum Jahr 2020 nicht führen können, ohne sich um die Konsistenz mit den langfristigen Zielen zu kümmern. Die langfristigen Ziele sind für Deutschland, wie für Europa, 80 bis 95 Prozent. Da zeigen alle Analysen, die es dazu gibt, dass ein Zwischenziel von 30 Prozent, was ich nachher noch ein bisschen im Detail diskutieren werde, ein sinnvoller Zwischenschritt ist. Man muss sich klar machen, wenn wir in der EU bei unseren bisherigen Zielen bleiben - ob die jetzt ambitionslos sind oder nicht, das bewerte ich jetzt einmal nicht -, aber ein 20-Prozent-Ziel ist in jedem Fall nicht konsistent zu einem Langfristziel. Insbesondere führt es, weil es sich in einer Zeitperiode befindet, wo wir sehr große Investitionen entscheiden werden, über langfristige Kapitalstöcke. Ich sage hier nur

einmal das Stichwort „Kapazitätsmärkte“, was hier im Moment diskutiert wird. Das ist ein Zeichen dafür, dass wir am Beginn einer Periode stehen, in der heftig investiert wird, in langlebige Assets, die die Emissionen langfristig festlegen werden. Deswegen ist gerade in der Kurz- und Mittelfrist die Konsistenz der Ziele zu den Langfristzielen so wichtig, d. h. also, ein 30-Prozent-Ziel ist wahrscheinlich die untere Grenze dessen, was man braucht, um konsistent zum langfristigen 80- bis 95-Prozent-Ziel zu sein. Ich werde zum Schluss sagen, dass vielleicht wichtiger als das 30-Prozent-Ziel für die EU, vielleicht ein Ziel von 25 Prozent einheimischer Emissionsminderung ist. Aber ich komme dann nachher darauf zurück, was da der entscheidende Unterschied ist.

Zweitens: Wir haben ein sehr mächtiges Instrument im Bereich der Klimapolitik, was untrennbar mit den übergeordneten Zielen verbunden ist. 30 bis 80 Prozent, das ist - wenn Sie meine Person jetzt sehen, überraschungsfrei - das europäische Emissionshandelssystem. Das europäische Emissionshandelssystem ist im Moment in einer Krise, aus ganz unterschiedlichen Gründen. Erstens und das ist inzwischen allgemein anerkannt, ist dieses Emissionshandelssystem in der Krise, weil zentrale Voraussetzungen unter denen dieses System aufgesetzt worden ist, nicht mehr stimmen. Wenn Sie einmal vergleichen, das Rechenwerk, mit dem die CAPs des Emissionshandelssystems ausgerechnet worden sind und die darunter liegenden Annahmen, dann sind wir heute in einer Welt, in der wir bei ambitionierten Wachstumsannahmen nach der Krise einen Niveaueffekt von zwischen 14 und 17 Prozent haben. Die Wachstumsannahmen, unter denen die heutigen CAPs beschlossen worden sind und auch damit die Emissionsminderungsleistung wesentlich beeinflusst wird, liegen für das Jahr 2020 um 14 bis 17 Prozent heute unter diesen Werten. Das heißt, die Anstrengung, die im System ist, muss für lange Zeit korrigiert werden. Und zweitens: Es ist viel um die Rolle diskutiert worden, die erneuerbare Energien auf den Preis gehabt haben. Wir werden nächste oder übernächste Woche dazu auch ein paar Zahlen veröffentlichen, auch mit Preiseffekten. Das sind im Vergleich zur Krise 10 Prozent, das ist ein untergeordneter Wert. Das Wichtigste ist aber, dass zwei Drittel des Preiszusammenbruchs im Emissionshandelssystem dadurch zustande gekommen sind, dass wir das System mit einer großen Menge ökologisch fragwürdiger CDM und Joint Implementation Projekten geflutet haben. Das ist deswegen so wichtig, weil man bei allen Reparaturversuchen berücksichtigen muss, dass man die Reparatur nicht mit einer Erhöhung der Menge von CDM und Joint

Implementation kombiniert, was dann sozusagen die Preiseffekte wieder konterkariert. Deswegen ist es wichtig, sich klarzumachen, dass dieses 30-Prozent-Ziel, was wir im Moment diskutieren, heute ein Ziel ist, was aus 25 Prozent einheimischer Emissionsminderung besteht und zu fünf Prozentpunkten aus Zufluss von Zertifikaten aus CDM und Joint Implementation, die reinkommen. D. h., wir haben ein 25-plus-5-Prozent-Ziel. Das heißt, vielleicht noch wichtiger als das 30-Prozent-Ziel für alles ist ein 25-Prozent-Ziel für die einheimische Minderung und die Auffüllung auf bis zu 30 Prozent durch das, was wir bereits heute im System erlaubt haben.

Der dritte Punkt. Das 40-Prozent-Ziel für Deutschland wird ohne eine Erhöhung des europäischen Ziels auf 30 Prozent nicht möglich sein, ansonsten wird das eine Scheinminderungsleistung, weil die überflüssige Emissionsminderung ins Ausland abfließt.

Vorsitzende: Danke schön. Dann SV Giles Dickson (Alstom) bitte.

SV Giles Dickson (Alstom): Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, guten Morgen, vielen Dank für diese Einladung. Mein Unternehmen, Alstom, ist ein weltweit führendes Unternehmen im Energieanlagenbau, in der Stromübertragung und in der Schieneninfrastruktur. Wir haben 92 000 Mitarbeiter weltweit und 9 000 Mitarbeiter hier in der Bundesrepublik. Im Energiebereich bieten wir Technologien und Anlagen für allerlei Kraftwerke an - von den Erneuerbaren, Wasserkraft und On- und Offshore-Windanlagen, Geothermie usw. bis hin zur fossilen Stromerzeugung aus Öl, Gas, Braun- und Steinkohle. Fast ein Viertel der Kraftwerke der ganzen Welt benutzen unsere Technologien. Das gibt uns einen ziemlich guten Überblick über die Marktentwicklungen im Energiebereich, besonders darauf, wo, wann und wie schnell man die Emissionen in diesem Energiebereich reduzieren können.

Zu der Frage 30 Prozent: Wir würden uns schon wünschen, dass die Bedingungen für eine Anhebung des EU-CO₂-Ziels auf 30 Prozent existieren würden. Leider aber, gerade wie die Dinge im Moment stehen, sehen wir nicht, dass eine Einigung darauf demnächst in Brüssel getroffen werden kann. Allerdings müssen wir auch einsehen, dass ein 30-Prozent-Ziel für sich allein keine Emissionen reduzieren wird. Das, was Emissionen reduziert, sind konkrete Maßnahmen. Konkrete Maßnahmen heißt hier Investitionen.

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, die Investitionen, die wir im Energiebereich brauchen, um die gegenwärtigen Ziele zu

erreichen, sind enorm. Gerade nur für erneuerbare Anlagen in Europa brauchen wir in den nächsten 13 Jahren Investitionen von 610 Milliarden Euro. Die Realität ist aber lediglich, dass diese Investitionen im Moment eben nicht stattfinden. Das Problem ist ganz einfach. Aus ökonomischer Sicht ergeben die notwendigen Investitionen im Moment keinen Sinn. Der Hauptgrund dafür ist, dass der CO₂-Preis zu niedrig ist. Es ist uns klar, wir brauchen dringend einen höheren CO₂-Preis als Signal, um Investitionen in kohlenstoffarme Techniken auszulösen.

Hier gibt es eine gute Nachricht. Die gute Nachricht ist, dass wir jetzt die Chance haben, eine wirksame Maßnahme zu ergreifen. Und zwar wird die Europäische Kommission demnächst einen Vorschlag auf den Tisch legen, wobei hier ab Januar 2013 schon die zur Verfügung stehenden CO₂-Zertifikate knapper werden. Dieses sogenannte Back-Loading - nach hinten verschieben der Zertifikate-Auktionen - sollte das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage der Zertifikate im Emissionshandelssystem wieder herbeiführen und dabei eine positive Wirkung auf den CO₂-Preis haben. Wir gehen davon aus, dass dieser Vorschlag der Kommission schon eine gute Chance auf Unterstützung durch eine Vielzahl von EU-Staaten hat. Das Wichtige hier ist, dass diese Maßnahme schneller und gezielter greifen wird, als wenn wir auf eine Einigung auf ein 30-Prozent-Ziel warten würden. Darüber hinaus, nächstes Jahr brauchen wir eine zusätzliche Reform des Emissionshandelssystems, die den Investoren die nötige Sicherheit geben wird, dass die Rahmenbedingungen für einen starken CO₂-Preis bis 2030 bereitgestellt werden.

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, diese Maßnahmen wären nicht nur eine gute Nachricht für die Umwelt. Sie würden auch eine gute Nachricht für die Staatsfinanzen und die Wirtschaft sein. Für die Staatsfinanzen, denn ein höherer CO₂-Preis heißt höheres Auktionseinkommen für die Finanzministerien Europas. Ein Teil davon, wie Sie wissen, kann weiterhin in die Energie- und Klimapolitik investiert werden. Eine gute Nachricht auch insbesondere für die weitere Wirtschaft. Denn die Investitionen, von denen ich gerade gesprochen habe, sind so enorm, dass sie enormes Wachstum und Arbeitsplätze schaffen werden.

Es ist eine Tatsache, dass diese Sektoren der kohlenstoffarmen Infrastruktur schon der schnellstwachsende Sektor der weltweiten Wirtschaft sind. Schauen Sie einmal an, was für Investitionen die Chinesen, die Koreaner, auch die Golfstaaten machen. Wir wollen, dass von den Vorteilen dieses Wachstums Europa und

auch die Bundesrepublik Deutschland profitieren können. Herzlichen Dank.

Vorsitzende: Danke schön. Dann bitte als Nächster SV Dr. Hubertus **Bardt** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln).

SV Dr. Hubertus **Bardt** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln): Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, ganz herzlichen Dank für die Einladung. Wir haben mit dem Klimaschutz eine große, globale Aufgabe seit Jahren vor uns, die auch – das muss einmal festgestellt werden – letztlich nur auf einer globalen Ebene zu erreichen ist. Ohne die großen Emittenten, auch ohne Europa, aber ohne die großen Emittenten wird es nicht gehen. Wir brauchen ein globales Abkommen, wenn wir einen effektiven Schutz des Weltklimas erreichen wollen, wenn wir das dann auch noch in einem Prozess tun wollen, der Wettbewerbsverzerrungen und Wettbewerbsschwierigkeiten für besonders betroffene Unternehmen und Branchen in Vorreiterregionen vermeidet und wenn wir Marktchancen international öffnen wollen. Für alles drei brauchen wir globale Lösungen, keine rein europäischen.

Die Erfahrungen der Verhandlungen der letzten Jahre, Jahrzehnte, der letzten zwei Jahrzehnte, wenn man es genau nimmt, sind ernüchternd. Wir haben außer dem Kyoto-Protokoll - was von Anfang an auch dahingehend kritisiert wurde, dass zu wenige Länder dabei sind und das Anspruchsniveau insgesamt, gemessen an den Zielen, die von der Naturwissenschaft beschrieben werden, zu gering ist - seitdem kein anderes, kein weiterführendes, kein bindendes Abkommen in irgendeiner Form.

Die Vorreiterrolle der Europäischen Union, die Vorreiterrolle Deutschlands, wird immer wieder betont, wird immer wieder versucht, als Instrument einzusetzen, um andere dazu zu bewegen, tatsächlich mitzumachen. Auch das ist bisher nicht in dem gewünschten Maße gelungen. Die Zweifel sind natürlich groß, ob das jetzt dadurch gelingt, dass man es von 20 auf 30 Prozent erhöht. Im Gegenteil, es besteht die Gefahr, dass zukünftige, konditionierte Angebote der Europäischen Union in den Verhandlungsprozessen dadurch entwertet werden, dass man damit rechnen muss, die Europäische Union bindet das zwar jetzt an etwas, wird aber am Ende des Tages auch ohne die Gegenleistung leisten. Das wäre aus meiner Perspektive eher eine Behinderung der Verhandlungen als ein Fortschritt.

Wie sieht das kostenseitig aus? Was bedeutet das für die hiesige Industrie, wenn eine Erhöhung auf das 30-Prozent-Ziel vorgenommen wird? Zunächst einmal bettet sich das in das deutsche 40-Prozent-Ziel ein. Deutschland ist

hier auch über die Konditionierung hinweggegangen, aus dem Gleichmarsch mit Europa ausgebrochen, Anfang der Legislaturperiode. Da konnte man meinen, jetzt zieht Europa nur nach. Tatsächlich hat es natürlich schon Auswirkungen auch auf die hiesige Industrie. Es hat insbesondere deshalb Auswirkungen, weil die Emissionsmengen im Emissionshandel reduziert werden, wir es damit mit zum Teil durchaus auch politisch gewollten Preiswirkungen im Emissionshandel zu tun haben, höheren Zertifikatekosten, höheren Belastungen und die ganze Diskussion über Wettbewerbsschwierigkeiten, besonders betroffene Unternehmen und Branchen, dann noch verstärkt im eigenen Haus.

Die andere Frage ist, gibt es zusätzliche Verschiebungen? Das hängt natürlich davon ab, inwiefern wir auch ohne das 30-Prozent-Ziel in Richtung der 40 Prozent kommen. Ob wir darüberkommen mit dem 30-Prozent-Ziel oder nicht, auf jeden Fall gibt es eine Verlagerung von Notwendigkeiten, von Reduktionsnotwendigkeiten aus dem nicht ETS-Sektor (Emission Trading System) in den ETS-Sektor. Die große Frage ist, ist das effizienter oder ist es das nicht. Sind die günstigeren Vermeidungspotenziale innerhalb des ETS-Sektors oder sind sie außerhalb. Das hängt natürlich davon ab, was ansonsten politisch umgesetzt würde. Wenn wir mit energetischer Gebäudesanierung, was immer als verhältnismäßig günstig gilt, nicht vorankommen und stattdessen den Druck in den Emissionshandelssektor bringen, dann haben wir es mit nicht unerheblichen, zusätzlichen Ineffizienzen des Systems zu tun.

Abschließend einige Sätze zu der Diskussion um die Preisentwicklung im Emissionshandel. Wir haben hier ein System, was sich bewusst davon verabschiedet hat, zu sagen, wir wissen ex ante den Preis, sondern was über eine Mengensteuerung funktioniert. Deshalb ist auch ein bestimmter Preis zunächst einmal kein Signal dahingehend, dass das System funktioniert oder nicht. Die Emissionsobergrenzen, die für akzeptabel gehalten wurden, werden auch bei dem niedrigen Preis eingehalten. Das ist natürlich eine Entlastung. Die Situation ist, dass wir Klimaschutz im Augenblick billiger machen, billiger haben im ETS-Sektor, als es vorher gedacht wurde. Das ist eine Entlastung für die Unternehmen am Ende der Krise. Die Frage ist, bedeutet das tatsächlich massive Investitionsverschiebungen. Ich habe nicht den Eindruck. Wir haben Unternehmen gefragt und da haben uns weit über Dreiviertel gesagt, nein, wir verschieben nichts, wir heben nichts auf, wir machen nichts dergleichen. Wir machen mit unseren Investitionen im Klimaschutz so weiter, wie vorher auch geplant. Entscheidend dafür ist

die Frage der langfristigen Perspektiven, die Perspektive der langfristigen Preisentwicklung. Wir brauchen hier im Emissionshandelssektor Sicherheit, eine Regelbindung von Veränderungen und keine ad hoc Maßnahmen, die am Ende des Tages Vertrauen in das System und in die quantitativen Grunddaten des Systems über die Zeit gefährden.

Vorsitzende: Danke schön. Dann SV Dr. Niklas Höhne (Ecofys Germany).

SV Dr. Niklas Höhne (Ecofys Germany): Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, danke für die Einladung zu dieser Anhörung. Ecofys ist ein europäisches Forschungs- und Beratungsunternehmen. Ich möchte zwei Punkte betrachten.

Der erste Punkt: Was sind bei den internationalen Klimaverhandlungen die Erwartungen anderer Staaten an die EU? Die EU hat sich klar ausgesprochen, den Klimawandel auf zwei Grad zu begrenzen. Das bedeutet, dass die globalen Emissionen deutlich vor 2020 ein Maximum erreichen müssen und dann global halbiert werden müssen, mindestens bis zur Mitte des Jahrhunderts. Was bedeutet das nun für die EU? Was wäre ein fairer Anteil dessen, was die EU an dem Ziel dort beitragen kann? Einige sagen, da gibt es verschiedene Ansätze, was fair sein könnte. Ein Pro-Kopf-Ansatz z. B. oder diejenigen Länder, die höhere Emissionen historisch haben, sollen mehr reduzieren. Es gibt sehr viele Ansätze, wie das richtig sein kann. Wir haben im Rahmen des Vierten Sachstandsberichts des Weltklimarats, mein Kollege Dr. Michel den Elzen und ich, verschiedene dieser Verteilungsschlüssel zusammengetragen und kamen dabei zu dem Ergebnis, dass die Industriestaaten als Gruppe ihre Emissionen 25 bis 40 Prozent unter 1990 senken müssen, um eben anhand dieser Gerechtigkeitsprinzipien auf einem Pfad in Richtung zwei Grad zu sein. Einige Vorschläge gehen noch weiter. Einige sind etwas weniger ambitioniert. Aber diese Zahl, 25 bis 40 Prozent, ist der Standard, der innerhalb der internationalen Klimaverhandlungen als Ambitionsniveau angesehen wird, weil er eben dort im IPCC-Bericht vorkommt. Wenn man dieselbe Methode auf die EU anwendet, dann kommt man eben zu Zahlen, dass die EU anhand dieser Methode mindestens 30 bis 35 Prozent reduzieren müsste, um den fairen Anteil am Klimawandel zu leisten. Das ist eindeutig die Erwartung der meisten Entwicklungsländer an die EU in den internationalen Klimaverhandlungen. Ich würde schon sagen, dass es hier sehr wichtig ist, dass die EU eine wichtige Rolle in den internationalen Klimaverhandlungen spielt, um als Vorreiter

gelten zu können und hier einen Schritt machen kann in die Richtung 30 Prozent. Wie gesagt, auf Basis dieser Methode ist der faire Anteil der EU mindestens 30 Prozent.

Mein zweiter Punkt wäre das Zusammenspiel zwischen den Maßnahmen von Erneuerbaren, Energieeffizienz und Treibhausgasemissionen. Alle drei Ziele und Instrumente beeinflussen sich gegenseitig. Mehr erneuerbare Energien oder mehr Energieeffizienz bedeuten automatisch weniger Treibhausgasemissionen innerhalb und außerhalb des Emissionshandelssystems. Seit in 2008 das EU-Klimaschutzpaket mit den 2020-Zielen verabschiedet worden ist, hat sich durch die Krise diese Balance verschoben. Es wird deutlich weniger Energie verbraucht oder es ist vorhergesehen, dass weniger Energie verbraucht wird. Insofern muss diese Balance zwischen den Instrumenten angepasst werden. Das Erneuerbaren-Ziel, da sind wir auf einem guten Weg, dass es erreicht wird, 20 Prozent Erneuerbare bis 2020. Das Energieeffizienzziel jedoch, 20 Prozent unter dem Referenzszenario, wird mit den jetzigen Maßnahmen weit verfehlt. Man erreicht höchstens ein Drittel bis die Hälfte. Nehmen wir einmal an, man würde das Erneuerbaren-Ziel und das Effizienzziel erreichen, was würde das für die CO₂-Emissionen bedeuten, festgelegte Ziele, die bereits beschlossen sind. Das würde bedeuten und so berechnet es die Kommission, dass die Treibhausgasemissionen bereits 25 Prozent unter 1990 wären, wenn man Effizienz und erneuerbare Ziele erreicht. Wenn man noch zusätzlich Maßnahmen in anderen Bereichen umsetzt, kommt man relativ leicht auf diese 30 Prozent Treibhausgasemissionsreduktion, wenn man die anderen Ziele erreicht. In einem solchen Fall, wenn man rein davon ausgeht, die Erneuerbaren-Ziele und Effizienzziele umzusetzen, würde das auch deutlich Auswirkungen auf den Emissionshandel haben und die CAP oder Gesamtmenge innerhalb des Emissionshandels. Die ist derzeit 21 Prozent unter 2005 im Jahr 2020, und sie müsste in der Größenordnung 30 bis 40 Prozent unter 2005 sein, damit das System insgesamt wieder konsistent ist. Wichtig ist das, weil derzeit in der Tat die Energieeffizienzrichtlinie diskutiert wird. Wenn die Energieeffizienzrichtlinie im Sinne des 20-Prozent-Energieeffizienzziels ausgestaltet werden müsste, müsste man gleichzeitig auch an der Gesamtmenge der Emissionszertifikate, Emissionshandel, etwas ändern und das würde automatisch zu den 30-Prozent-Reduktionszielen in Treibhausgasen führen.

Insofern, das wären meine zwei Punkte. Der erste war, dass die EU mindestens 30 Prozent reduzieren müsste, wenn es als fair angesehen werden würde, innerhalb der internationalen Klimapolitik. Der zweite Punkt wäre, dass eben

die verschiedenen Ziele angepasst werden müssen. Wenn man das täte, dass sie alle konsistent sind, käme man eben auf 30 Prozent Treibhausgasemissionsreduktion. Danke schön.

Vorsitzende: Danke schön. Dann SV Prof. Anders **Levermann** (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung) bitte.

SV Prof. Anders **Levermann** (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung): Guten Morgen, vielen Dank noch einmal für die Einladung. Ich habe hier die etwas langweilige Aufgabe, die Naturwissenschaft wieder ins Bewusstsein zu rufen. Das ist entscheidend, glaube ich, das immer einmal wieder zu tun. Wir haben dieses 2-Grad-Ziel – wie es häufig genannt wird – international anerkannt. Es ist aber tatsächlich eine 2-Grad-Grenze. Das sollten wir nicht aus den Augen verlieren. Zur Erreichung dieser 2-Grad-Grenze, das haben wir jetzt schon öfter gehört, brauchen wir 50 bis 80 Prozent Reduktion von CO₂-Emissionen oder von Treibhausgasemissionen weltweit bis 2050. Dann bekommen wir eine Chance von 50 bis 70 Prozent, dass wir tatsächlich unter zwei Grad bleiben. Ich will damit nur noch einmal hervorheben, dass es tatsächlich keine sichere Sache ist, wenn wir bis 2050 50 Prozent reduzieren, dass wir dann auch unter zwei Grad bleiben, sondern dann haben wir eine Fifty-fifty-Chance.

Die nächste Frage ist, sind diese zwei Grad tatsächlich eine feste Grenze, unter der wir sicher sind. Gerade in letzter Zeit sind wieder eine Reihe von Studien herausgekommen, die andere Grenzen nahelegen. Diese Grenzen sind selbstverständlich normative, politisch gesetzte Grenzen und keine naturwissenschaftlichen, aber selbstverständlich wollen sie sich an den Naturwissenschaften orientieren. Wir haben vor Kurzem eine Studie gesehen, die wird jetzt herauskommen - diese Woche oder nächste Woche, dass die Korallen weltweit schon bei 1,5 Grad sterben werden. Das ist einfach einmal so plakativ zu sagen. Sterben werden - heißt nicht 100 Prozent, aber heißt, weit über 50 Prozent Reduktion. Genauso wurde vor Kurzem wieder gezeigt, dass der Grönländische Eisschild nicht stabil ist. Da ist die Grenze jetzt auch verschoben worden. Die Natur erhöht den Druck, wenn Sie so wollen. Wir sind jetzt bei einer Abschätzung von 1,5 bis 2 Grad für das Desintegrieren des Grönländischen Eisschildes und einem Meeresspiegelanstieg von 7 Metern. Die Westantarktis ist in der Vergangenheit bei 1,5 bis 2 Grad verloren gegangen. Das sind 3,5 Meter zusätzlichen Meeresspiegelanstiegs. Diese 3,5 Meter, diese 7 Meter, die passieren nicht über Nacht. Ich bin Leitautor des Intergovernmental Panel on Climate Change in

Bezug auf Meeresspiegelfragen für den nächsten Sachstandsbericht. Das sind keine abrupten Änderungen, die wir da zu erwarten haben, sondern einen stetigen Anstieg des Meeresspiegels. Aber es gibt eben diese Temperaturklippen, hinter denen wir das Ganze nicht mehr aufhalten können. Wenn das Grönländische Eisschild anfängt abzuschmelzen, dann hört das nicht mehr auf. Ich muss das immer wieder hervorheben, weil wir natürlich auch auf längeren Zeitskalen als 100 Jahre ein kulturelles Erbe zu bewahren haben. Die Stadt Hamburg ist älter als 100 Jahre. Die Frage ist, wollen wir die in 100 Jahren aufgeben, was wir diskutieren müssen, wo wir dann auch längere Zeitskalen diskutieren müssen. Es geht aber auch nicht nur um diese langsamen Klimaentwicklungen, relativ langsam, wie der Meeresspiegel, langsam, aber unaufhörlich, sondern vor allen Dingen um den Anstieg der Extremereignisse. Da ist vor Kurzem der Sachstandsbericht, der Spezialbericht zu Extremereignissen des Intergovernmental Panel on Climate Change herausgekommen, wo sich wieder gezeigt hat, dass die Extremereignisse in der Zukunft zunehmen. Mehr Dürren, mehr extreme Niederschläge, tatsächlich mehr Hitzewellen, aber eben auch, und das ist manchmal verblüffend, extreme Kälteperioden, wie z. B. die letzten zwei Winter in Europa, wo wir mittlerweile auch verstanden haben, dass das vom Klimawandel mit großer Wahrscheinlichkeit kommt oder zumindest vom Klimawandel begünstigt wird. Das heißt, man muss diese Extremereignisse mit einbeziehen. Häufig wird die Diskussion um den Klimawandel als eine Art Mitleiddiskussion geführt. Die Verursacher, die Industrieländer, tun Unrecht gegenüber den Entwicklungsländern. Wenn wir uns aber die Versorgungssysteme in den Industrieländern anschauen, dann müssen wir sehen, dass, wenn eine Fabrik in China - wie vor Kurzem - ausfällt, dass wir dann plötzlich bei Media Markt keine Festplatten mehr haben. Wir haben ein vulnerables System, ein Versorgungssystem, auch in den Industrieländern. Diese Extremereignisse, die wir bis jetzt naturwissenschaftlich noch sehr schwer im Griff haben, wenig verstehen, wo wir aber wissen, sie nehmen zu - in der Zukunft. Die erhöhen den Druck auf die Gesellschaft, auch auf die Industriegesellschaft. Meiner Auffassung nach ist es tatsächlich so, früher oder später und das ist einem häufig nicht klar. Klimaforschern wird schon vorgeworfen, gelegentlich, dass wir unsere eigenen Ergebnisse nicht ernst nehmen. Weil wir nämlich eigentlich noch so diskutieren, als wäre das ein Luxusproblem. Aber meiner Auffassung nach erhöht die Natur nach und nach den Druck. Das heißt, der Klimaschutz wird früher oder später erzwungen werden. Die

einzigste Frage ist, ob Europa dann die Technologien und die Infrastruktur hat, um darauf angemessen zu reagieren oder nicht.

Vorsitzende: Herzlichen Dank für Ihre Statements. Ich beginne jetzt mit der Fragerunde. Ich möchte noch einmal sagen, eine Frage an zwei Sachverständige oder zwei Fragen an einen Sachverständigen. Es beginnt zu fragen - Abg. Andreas **Jung** (Konstanz) (CDU/CSU).

Abg. Andreas **Jung** (Konstanz) (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Sachverständige. Ich habe zwei Fragen, die sich richten an - SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.) und an SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.). Und zwar Frage Nummer 1: Wenn das Klimaziel der Europäischen Union nicht auf 30 Prozent aufgestockt wird, ist dann das deutsche Klimaziel, nämlich die 40 Prozent, bis 2020 erreichbar?

Zweite Frage: Aus Ihrer Sicht eine Aufstockung des europäischen Klimaziels. Was würde dies für Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, gerade auch im Vergleich zu den europäischen Partnern haben?

Die erste Frage geht an SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.). Die zweite Frage geht an SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.).

Vorsitzende: Danke schön. Dann Abg. Frank **Schwabe** (SPD).

Abg. Frank **Schwabe** (SPD): Ich habe eine Frage an SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.) und eine Frage an SV Giles **Dickson** (Alstom).

An SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.): Ist Ihnen eigentlich die Haltung der Bundesregierung zu dieser Frage klar, über die wir gerade reden, zur 30-Prozent-Reduktion auf europäischer Ebene oder wäre es nicht in der Tat sinnvoll, auch als Deutscher Bundestag, einen klaren Beschluss zu fassen, um ein klares Signal eben in Richtung Europa zu senden. Der Kollege Abg. Andreas **Jung** (Konstanz) (CDU/CSU) hat gefragt, wie ist das komplementär mit dem 40-Prozent-Ziel in Deutschland. Ich würde andersherum gerne wissen wollen, wenn wir das 30-Prozent-Ziel auf europäischer Ebene haben: Welches komplementäre Ziel wäre dann in Deutschland entsprechend notwendig?

Von SV Giles **Dickson** (Alstom) würde ich gerne wissen, SV Dr. Hubertus **Bardt** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln) hat eher den Eindruck vermittelt, dass es sich um eine Gefährdung der deutschen Wirtschaft handelt, wenn wir zu einem Anheben des Ziels auf

europäischer Ebene kommen. Sie haben das anderweitig dargestellt. Ich habe gerade bei Spiegel Online gelesen, dass E.ON-Chef Johannes Teysen heute ein Ziel von minus 50 Prozent bis zum Jahr 2030 fordert. Sehr interessant. Ich würde von Ihnen gerne wissen, ob Sie die Einschätzung teilen, dass es sich um eine Gefährdung der Wirtschaft handelt oder ob Sie vielleicht noch einmal darlegen können, inwieweit es wirklich eher eine Gefährdung ist, wenn wir zu einem Investitionsstau auf Grund eines zu niedrigen CO₂-Preises kommen. Vielleicht können Sie auch einmal deutlich machen, welche Unternehmen es eigentlich sind, die gerade in der Europäischen Union für eine Verschärfung des Ziels auf 30 Prozent eintreten.

Vorsitzende: Danke schön. Dann Abg. Michael **Kauch** (FDP).

Abg. Michael **Kauch** (FDP): Herzlichen Dank, ich habe jeweils eine Frage an SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.) und SV Dr. Hubertus **Bardt** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln). Wir hatten seitens der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP die Landesregierung von Baden-Württemberg, in Person des grünen Umweltministers, als Sachverständigen zu der heutigen Anhörung eingeladen. Die Landesregierung von Baden-Württemberg drückt sich an dieser Stelle. Deshalb stelle ich jetzt die Fragen, die wir an Minister Franz Untersteller gestellt hätten, an die Sachverständigen.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat ebenso wie die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen die Klimaschutzziele ihres Bundeslandes abgesenkt. Die Landesregierung von Baden-Württemberg begründet dies ausdrücklich mit der Betroffenheit des Landes Baden-Württembergs vom Kernenergieausstieg. Ich hätte gern von den Sachverständigen gewusst, wie sie generell die Frage der Länderklimaziele bewerten und wie sie die Aussagen und die Handlungen dieser Bundesländer für vereinbar oder nicht vereinbar halten mit dem hier geforderten 30-Prozent-Ziel in der Europäischen Union?

Vorsitzende: Danke schön. Dann Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.).

Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, meine Fragen gehen an SV Dr. Niklas **Höhne** (Ecofys Germany). Entscheidend für den 30-Prozent-Minderungspfad ist ja auch der Umgang mit den überschüssigen Emissionsrechten aus der zweiten Handelsperiode. Die Schätzungen, wie viel das ist, gehen weit auseinander. Mich würde

einmal interessieren, mit welcher Menge an überschüssigen Zertifikaten Sie rechnen und welche Folgen dies in der dritten Handelsperiode und für die Realisierung des 30-Prozent-Ziels hätte?

Die zweite Frage ist: Unternehmen brauchen Investitionssicherheit und jetzt haben wir ein Problem bei dem Handel und dem Versteigern. Wenn also ein Unternehmen massiv in Klimaschutz investiert, in CO₂-Reduktion, und andere Unternehmen machen das auch, dann fällt infolgedessen der Preis für Zertifikate ins Bodenlose und die Investition rechnet sich nicht mehr. D. h., man hat eine Fehlinvestition gemacht. Damit kommt der Klimaschutz nicht voran und im Zweifelsfall unterbleiben dann diese Investitionen. Wie sehen Sie unter diesem Aspekt die Möglichkeit, eventuell Mindestpreise für Zertifikate einzuführen bzw. andere Instrumente, die man einführen könnte, dass diese Investitionssicherheit für Unternehmen, die in Umweltschutz investieren wollen, auch gewährleistet bleibt?

Vorsitzende: Danke schön. Dann Abg. Bärbel **Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Abg. Bärbel **Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Frage an SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.). Wir haben eben gehört, dass wir eine Überausstattung von Emissionszertifikaten haben, dass die CO₂-Preise nicht mehr stabil sind. Was müsste man machen, um das zu erreichen? Und bedeutet das nicht auch, wenn die Europäische Union das nicht in Griff bekommt, dass das gesamte System des Emissionshandels eigentlich in Gefahr ist, weil es nicht die Wirkung erzielt und weil es damit auch auf der Welt die Glaubwürdigkeit nicht mehr hat, um das Problem wirklich zu lösen. Müsste man dann nicht auch andere ordnungsrechtliche Strategien einführen? Die zweite Frage bei uns stellt Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Meine Frage geht an SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.).

Wir sind hier im Ausschuss in der beneidenswerten Situation, dass wir uns eigentlich alle einig sind. Nämlich alle Fraktionen sind dafür, dass das europäische Klimaziel auf 30 Prozent angehoben wird. Jetzt gibt es immer wieder Widerstände innerhalb der Europäischen Union. Es sind einige Staaten, beispielsweise Polen, Bulgarien, manchmal Tschechien, die große Schwierigkeiten haben und deshalb, gerade in Polen, eine weitergehende Politik blockieren. Was würden Sie denn sagen, könnte die Bundesregierung tun? Was könnte auf europäischer Ebene getan werden, um diesen

Staaten eine Zustimmung zur Erhöhung der europäischen Klimaziele zu erlauben? Danke schön.

Vorsitzende: Ja, danke schön. Wir beenden jetzt die erste Runde und beginnen mit der Antwortrunde. Ich würde jetzt Ihnen, SV Dr. Niklas **Höhne** (Ecofys Germany), zuerst das Wort geben. Sie haben zwei Fragen von Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.).

SV Dr. Niklas **Höhne** (Ecofys Germany): Danke sehr. Im Prinzip gingen die Fragen alle in eine Richtung. Was macht man, wenn sich die Umstände des Emissionshandelssystems in einer Handelsperiode ändern und es dadurch zu mehr oder weniger Emissionszertifikaten kommt? Das ist eben der Fall. Durch die Krise gibt es eben eine erhebliche Anzahl von überflüssigen Emissionszertifikaten. Die Frage ist nun, was man damit macht. Es ist eine erhebliche Menge. Ich möchte nicht noch mehr Zahlen in den Raum werfen. Aber auf alle Fälle ist es so, dass dies das Emissionshandelssystem stark beeinflussen kann. Für mich zielt das in die Richtung, dass man sich Gedanken machen muss, ob in einem solchen System, einem Emissionshandelssystem, eine Institution oder einen Mechanismus geben muss, dort zu regulieren, wenn unvorhergesehene Dinge passieren. Interessant ist hier zu sagen, dass Korea z. B. gerade beschlossen hat, ein Emissionshandelssystem einzuführen, das 2015 greift und dort so eine Institution vorgesehen ist, die genau das tut, nämlich, regelmäßig einzugreifen in den Markt, um solchen Änderungen vorzugreifen.

Zweiter Punkt war zu Mindestpreisen. Das ist auch eine Möglichkeit, in den Markt einzugreifen, um das System effektiv zu halten. Hier ist es so, dass Großbritannien ein solches System eingeführt hat, einen Mindestpreis. Das scheint den Mitgliedsstaaten freizustehen, dies auch zu tun. Dabei möchte ich es belassen.

Vorsitzende: Danke schön. Dann SV Dr. Hubertus **Bardt** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln). Sie haben eine Frage von Abg. Michael **Kauch** (FDP).

SV Dr. Hubertus **Bardt** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln): Ich bin zu den Länderregelungen, zu den Länderzielen, gefragt worden.

Wir müssen aufpassen, dass wir nicht zu viele Ziele haben, die wir am Ende des Tages nicht mehr kohärent zusammenfassen können. Wir sehen das jetzt schon. SV Dr. Niklas **Höhne** (Ecofys Germany) hat es vorhin angesprochen, das Beispiel Europa-Energieeffizienzziel und

CO₂-Ziel, dass sie sozusagen, wenn man das eine erreicht, hat man das andere noch nicht erreicht oder das andere damit übererfüllt. Es passt also an der Stelle schon nicht zusammen, wenn wir noch ausführlichere, detaillierte Länderziele haben, 16 in Deutschland und diverse weitere in Europa. Da ist die Frage, ob wir da noch irgendetwas wie ein kohärentes Zielsystem zustande bekommen, glaube ich, nicht mehr mit ja zu beantworten.

Das Problem - die Länder haben einiges zu tun, haben wichtige Aufgaben in der Energiewende, im Klimaschutz, Flächenausweisung, Sanierung und dergleichen mehr. Die Frage, die ich mir stelle, ist, ob wir mit spezifischen oder mit regionalen CO₂-Minderungszielen nicht am Ende des Tages einen Anreiz dazu bieten, Emissionsminderungspotenziale da zu realisieren, wo die Landesgrenzen gerade sind, also innerhalb eines Bundeslandes und nicht da, wo nun gerade die günstigsten Emissionen sind. Unser Ziel muss es sein, den Klimaschutz möglichst effizient zu machen, möglichst günstig zu machen. Nur dann können wir Vorbild für Dritte sein. Wenn wir uns mit Zielen überfrachten, die dann dafür sorgen, dass wir nicht mehr nach Effizienzmaßstäben gehen, sondern nach Gebietskörperschaften beispielsweise, dann sind wir von diesem Schritt weiter weg, als wir es sein müssten.

Vorsitzende: Danke schön. Dann SV Giles **Dickson** (Alstom), Sie haben eine Frage von Abg. Frank **Schwabe** (SPD).

SV Giles **Dickson** (Alstom): Danke, Frau Vorsitzende. Ich möchte auf die Frage von Abg. Frank **Schwabe** (SPD) antworten.

Die deutsche Stellungnahme über 30 Prozent ist nicht ganz klar. In Brüssel herrscht der Eindruck, dass das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) dafür ist und das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) dagegen. Eine Stellungnahme des Bundestages wäre hilfreich, könnte schon hilfreich sein. Noch hilfreicher wäre eine klare Stellungnahme des Bundestages über die jetzige Frage, d. h. der künftige Vorschlag der Kommission über das Back-Loading von den Zertifikate-Auktionen im Emissionshandelssystem. Eine klare Stellungnahme des Bundestages darüber würde ein sehr klares Signal senden.

Wie würde sich ein 30-Prozent-EU-Ziel auf die deutsche Wirtschaft auswirken? Studien haben gezeigt, dass ein 30-Prozent-EU-Ziel das deutsche Ziel von 40 Prozent um etwa zwei Prozent erhöhen würde. Auf der anderen Seite würden andere EU-Staaten mit einem 30-Prozent-EU-Ziel stärker in die Pflicht genommen werden. Damit wird die

Wettbewerbsgleichheit EU-weit gefördert und es könnten sich neue Möglichkeiten auch für die deutsche Industrie dadurch ergeben.

Zu dem, was SV Dr. Hubertus **Bardt** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln) über die Wirkung auf die deutsche Industrie gesagt hat: Es ist ganz klar, ich bin mit SV Dr. Hubertus **Bardt** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln) einverstanden, es existiert ein Risiko des Carbon Leakage, daran gibt es keinen Zweifel. Maßnahmen können und müssen genommen werden, Unterstützungsmaßnahmen für die energieintensiven Industrien, z. B. kostenlose Zuteilung von CO₂-Zertifikaten oder staatliche Beihilfe für besonders betroffene Unternehmen und Sektoren.

Was meinen andere Unternehmen in Europa dazu? Es ist schon bekannt, was Johannes Teyssen von der E.ON AG alles in den letzten Wochen und Monaten über den CO₂-Preis gesagt hat. Andere Energieversorgungsunternehmen (EVU) in Europa unterstützen auch eine Verschärfung des CO₂-Marktes, z. B. Enel, das große Energieversorgungsunternehmen von Italien und Spanien, will einen höheren CO₂-Preis und unterstützt diesen künftigen Vorschlag von der Kommission in der Richtung. SSI, das große Energieversorgungsunternehmen in Schottland, unterstützt das auch. Am Interessantesten, das tschechische EVU ČEZ will auch einen höheren CO₂-Preis, um die richtigen Rahmenbedingungen für ihre Investitionen, die sie machen wollen, zu geben. Andere Unternehmen sind auch dabei. Wir, Alstom, sind Mitglieder eines Bündnisses von 20 Unternehmen, d. h. Corporate Leaders Group on Climate Change. Zwanzig Unternehmen, ein Bündnis, das von Prinz Charles in Großbritannien erfunden wurde. Dabei sind Shell, Phillips, Unilever, Deutsche Telekom, Skanska, Renault, Alstom und andere. Und wir alle – 20 große Unternehmen - unterstützen, dass wir ehrgeizigere Klimaschutzpolitiker in Europa brauchen. Danke schön.

Vorsitzende: Danke schön. Dann SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.), Sie haben Fragen von Abg. Andreas **Jung** (Konstanz) (CDU/CSU), Abg. Michael **Kauch** (FDP) und Abg. Bärbel **Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Bitte schön.

SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.): Herzlichen Dank.

Auf die Frage von Abg. Andreas **Jung** (Konstanz) (CDU/CSU): Ich glaube, die Antwort ist relativ einfach. Je übergreifender die Instrumente, desto geringer sind die Wettbewerbsverzerrungen. Das ist trivial, d. h. eine Erhöhung des europäischen Zieles auf 25 Prozent domestic bzw. 30 Prozent insgesamt

führt dann zu geringeren Wettbewerbsverzerrungen als alle anderen Optionen, wenn in diesem Zuge ein übergreifendes Instrument, nämlich das EU-Emissionshandelssystem, angepasst wird. Deswegen ist die Antwort konditioniert. Wenn wir uns entschließen würden, in der EU auf ein 30-Prozent-Ziel umzuschwenken, das aber bei der Anpassung des EU-Emissionshandelssystems nicht reflektieren würden, haben wir fortbestehende Wettbewerbsverzerrungen. Wenn wir zu einem 30-Prozent-Ziel übergehen, was dann auch konsistent wäre zu den z. B. deutschen Zielen oder zu den britischen Zielen und wir das reflektieren durch eine Anpassung des Emissionshandelssystems, haben wir die geringsten Wettbewerbsverzerrungen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt. Alle anderen Varianten, entweder man macht deutsche Politik ohne ein solches EU-Ziel, dann wird man die Ziele nicht erreichen, aber wird eben auch Wettbewerbsverzerrungen haben; oder wenn man das 30-Prozent-Ziel macht ohne ETS.

Auf die Frage von Abg. Michael **Kauch** (FDP): Ich habe ja sozusagen ein etwas abgeklärtes Verhältnis zu Zielen. Ich glaube, man soll sich Ziele dort setzen, wo man sie instrumentieren kann. Ich finde es immer rührend, wer sich alles wofür Ziele setzt, ohne die Instrumente in der Hand zu haben. Das gilt für Emissionsminderungsziele, aber auch für erneuerbare-Energien-Ausbauziele. Man soll sich Ziele dort setzen, wo man sie instrumentieren kann und das ist in erheblichen Bereichen auf der Landesebene möglich, aber eben nicht für alle Emissionen. Von daher sind natürlich Emissionen, die auch durch integrierte Märkte ... Wobei dann Deutschland ein integrierter Markt ist. Beim Strom vor allen Dingen, wenn man die begrenzten Übertragungskapazitäten ins Ausland berücksichtigt. Wäre ich sehr beunruhigt, wenn die baden-württembergische Landesregierung sich ein Ziel gesetzt hat, z. B. bei der Sanierung von Gebäuden, wo sie noch einmal Landesprogramme aufsetzt und dann dieses Ziel nicht erreicht. Dann wird es ein Problem. Wie gesagt, wenn man sagt, man kann Ziele nicht erreichen, die man auch nicht instrumentieren kann, dann ist das auch zu einem guten Teil symbolische Politik. Das heißt nicht, dass das nicht sinnvoll ist, aber man muss es, glaube ich, aufgeklärt sehen.

Mit dem Emissionshandelssystem – wir haben im Moment, wenn man das bis auf das Jahr 2020 hochrechnet, einen Überschuss im System von etwa zwei Milliarden Zertifikaten, wenn wir davon ausgehen, dass wir weiterhin Probleme bei der Integration des Luftverkehrs in das EU-Emissionshandelssystem haben, weil der

wird daraus kaufen. Wenn es uns gelingt, das Segment des Luftverkehrs im Emissionshandelssystem zu erhalten, werden wir bis zum Jahr 2020 einen Überschuss von 1,5 Milliarden Zertifikaten im System haben. Das ist in etwa Dreiviertel einer gesamten Jahresemission. Das heißt, wir müssen mit diesem Überschuss umgehen. Wir haben heute auch nur einen CO₂-Preis von 6,50 Euro und nicht von null, weil die Marktakteure erwarten, dass man ab dem Jahr 2025, also in der Mitte der nächsten Dekade, wieder zusätzliche Anstrengungsbedarfe haben muss, die dann natürlich zu einem Preis wiederum führen. Und wenn Sie sich diesen Preis im Jahr 2025 vorstellen und den abdiskontieren auf heute, kommen Sie etwa genau bei 6,50 Euro raus. Das ist der Preis, den wir heute haben.

Das heißt also, wenn man das Emissionshandelssystem sozusagen wieder auf Spur bringen muss. Und 1,5 Milliarden Überschuss sind ein ernsthaftes Problem. Davon zwei Drittel aus CDM, dann geht das nur mit einem Paket, was aus zwei Elementen bestehen muss. Erstens die Herausnahme und zwar über einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren bei einer bestimmten Zertifikatsmenge, das ist das berühmte Set-aside. Auch da muss man sagen, dieses Set-aside, wenn man jetzt drei Jahre lang etwas herausnimmt und es dann sechs Jahre später wieder einbringt, hat überhaupt keinen Effekt. Sondern man muss diese Mengen, die man jetzt vorläufig herausnimmt, für längere Zeit herausnehmen. Man muss den Märkten glaubwürdig machen, dass diese Zertifikate auch länger draußen bleiben. Wenn die Märkte das nicht glauben, gibt es überhaupt keinen Effekt. Deswegen wird das Ganze auch nur wirken, wenn man es mit einer Anschärfung der Ziele im Emissionshandelssystem kombiniert, weil die langfristig diese Zertifikatsmengen, die irgendwann wieder hereinkommen müssen, wieder korrigiert. Nur in der Kombination zwischen diesen beiden Instrumenten werden wir eine Preisstabilisierung auf einem - ich sage jetzt einmal - vernünftigen Niveau haben. Das heißt, ich möchte nicht festlegen, was das Niveau ist, aber wir müssen diese 1,5 Milliarden Überschuss, die das System über lange Jahre sozusagen belasten werden, irgendwie herausnehmen und das kann man nur mit der Kombination einer Sache, die kurzfristig wirkt, die kurzfristig Überschuss herausnimmt und dann aber in der längeren Perspektive, wenn das wieder hereinkommt, das dann durch verschärfte Ziele kompensiert. Wenn man nur die verschärfte Ziele macht, ist der Effekt auf den Emissionshandel, auf das Emissionshandelssystem und insbesondere auf den Preis kurzfristig relativ gering. Wenn man nur das Set-aside macht und das langfristig nicht über

verschärfte Ziele wieder herausnimmt, ist der Effekt ebenfalls gering. Nur in der Kombination dessen gelingt das.

Ich bin nach wie vor ein Gegner von Mindestpreisen im CO₂-Emissionshandelssystem, auch wenn die Briten das machen als eine CO₂-Steuer, und zwar nicht, weil es Konstellationen gibt, wo das gut funktionieren kann. Ich glaube, nur wenn man sich gerade die politischen Prozesse um die EU-Emissionshandelsrichtlinie anguckt, und da haben wir ja ein paar Erfahrungen, ich sage jetzt einmal Definition der Leakage-Kriterien, wo dann Frau Merkel und Herr Berlusconi nachts über Parameter verhandeln mussten. Da kann viel schief gehen. Der Mindestpreis hat einen Zwillings. Und der Zwillings des Mindestpreises ist der Höchstpreis. Und ich glaube, viele Analytiker träumen von einem Mindestpreis von 30 Euro und am Ende des Tages werden wir einen Mindestpreis von 15 Euro und einen Höchstpreis von 30 Euro bekommen. Dann hat diese Preiskorridordebatte viel mehr Schaden angerichtet. Deswegen glaube ich, diese Mindestpreisdebatte ist erstens nicht systemkonform und zweitens hat sie ein solches Perversionspotenzial, dass es nicht funktionieren kann.

Das Dritte und das ist wichtig, nicht in diesem Jahr und nicht im nächsten Jahr, aber für die Perspektive: Wir müssen uns beim Emissionshandel auch Gedanken darüber machen, ob wir für den Fall, dass sehr wirkungsmächtige, zusätzliche Instrumente eingeführt werden, aus welchen Gründen auch immer, Energieeffizienz, erneuerbarer Energien, wenn solche zusätzlichen Instrumente über neue Zeithorizonte eingeführt werden, dass dann überprüft werden muss, ob die Emissionsvorgabe des Emissionshandelssystems noch funktioniert. Das hat zwei Wirkungen. Erstens, dass man sich bei zusätzlichen Instrumenten die Frage stellt, sind die wirklich notwendig? Und zweitens sich aber auch die Frage stellt, was sind die Interaktionen in Bezug auf das Emissionshandelssystem. Es gibt natürlich gute Gründe auch für Energieeffizienz oder erneuerbare Energien, nicht immer und in jeder Größenordnung, aber man muss sich da über diese Interaktionen klar werden. Das ist im jetzigen System für die Perspektive bis 2020 - ich sage jetzt einmal - rein zufällig gut gegangen. Weil die Summen, die man da geplant hat, wahrscheinlich relativ exakt das treffen, was herein kommt. Das sollte man aber längerfristige durch eine zusätzliche Eingriffsmöglichkeit reflektieren. Und zwar in beiden Richtungen, um zu überprüfen, ob man die komplementären Instrumente wirklich braucht, ob sie sinnvoll sind. Wenn man zu dem Schluss kommt, dass man sie braucht und sie

sinnvoll sind, dass man dann im EU-Emissionshandelssystem auch eine Korrektur einführen kann.

Das heißt, mit diesem Paket aus drei Maßnahmen: Set-aside kurzfristig, 2030er Ziel durch Anpassung des linearen Reduktionsfaktors und drittens - ich sage jetzt einmal so eine Verordnungsermächtigung in der EU-Emissionshandelsrichtlinie, um dann einzugreifen, wenn es Effekte komplementärer Instrumente gibt, kann man das EU-Emissionshandelssystem sozusagen wieder hinbekommen. Weil es ist und bleibt ein zentrales Element für unsere Klimapolitik und es ist auch der überzeugende Beweis, warum Vorreiter, gerade bei ambitionierten Klimaschutzinstrumenten, funktionieren. Wenn Sie sich einmal ansehen, - wir haben inzwischen sozusagen Emissionshandelssysteme in Kalifornien, in Australien, in Neuseeland, demnächst in Südkorea und auch demnächst in China - wie viel die aus der EU kopiert haben. Dann ist das sozusagen ein empirischer Beleg, wie Vorreiterrolle funktioniert. Deswegen wäre es fatal, wenn die Vorreiter ihr System abkippen lassen, denn das hat weltweit jenseits der auf Europa begrenzten Folgen sehr große Ausstrahlungswirkungen.

Vorsitzender: Vielen Dank, als Letzter zur Beantwortung der Fragen von Abg. Andreas **Jung** (Konstanz) (CDU/CSU), Abg. Frank **Schwabe** (SPD) und Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.) bitte.

SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.): Herzlichen Dank für die Fragen. Vielleicht nur eine ganz kleine Ergänzung zu SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.). Jetzt hat auch Mexiko vor 14 Tagen ein Gesetz erlassen, das den Emissionshandel in Mexiko ermöglichen würde.

Aber zunächst zu der Frage: Was würde es bedeuten, wenn wir beim 20-Prozent-Ziel bleiben für das 40-Prozent-Ziel in Deutschland. Das würde bedeuten, wenn wir das 40-Prozent-Ziel erreichen müssen, dass wir in den Sektoren, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, das heißt dann vor allem im Gebäudebereich, im Verkehrsbereich, zu Zielen von über 50 Prozent oder um die 50 Prozent bis 2020 kommen müssten. Jeder von Ihnen weiß, dass das so langsam, wie wir in diesen Bereichen vorankommen, nicht realistisch ist.

Es gäbe eine andere Möglichkeit, dass man sagt, dann macht die deutsche Industrie mehr, als sie im Rahmen des Emissionshandels tun müsste. Das hätte aber die Konsequenz, die SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.) bereits schon angesprochen hatte, dass dann die

Zertifikate, die dadurch generiert werden, von anderen Akteuren im EU-Emissionshandel kostengünstig aufgekauft werden und damit kein zusätzlicher Klimaschutz stattfindet, sondern wir das deutsche Ziel erreichen, aber in der Europäischen Union (EU) dadurch kein zusätzlicher Klimaschutz stattfindet, was uns also nicht wirklich weiterhelfen würde.

Die zweite Frage von Abg. Frank **Schwabe** (SPD) an mich war gewesen: Würde ein Beschluss des Bundestages hilfreich sein? Zum einen würde er vor allem dann hilfreich sein, wenn es wirklich ein fraktionsübergreifender Beschluss wäre, ein deutliches Signal von Deutschland setzen würde. Denn bislang ist der Eindruck noch überwiegend in der Öffentlichkeit und bei vielen Akteuren in anderen EU-Staaten, dass das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit für 30 Prozent, das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie dagegen ist. Das ist ein sehr unguter Debattenstand. Dass jetzt inzwischen das Kanzleramt hierbei eine progressivere Rolle übernommen hat und mit Polen dementsprechende Verhandlungen führt, ist international noch kaum bekannt. Ein solches Signal wäre von dem her hilfreich.

Dann ist die Frage: Was wäre in einem solchen Signal wichtig? In meinen Augen sollte das ein Signal für ein 30-Prozent-Ziel sein. Sollte gleichzeitig ein Signal sein, dass 25 Prozent dieses 30-Prozent-Ziels domestic gemacht werden. Das ist, wenn man die notwendigen Investitionen hiermit in Gang bekommen möchte, wenn man die Lock-In-Effekte vermeiden möchte. In den nächsten Jahren ist das das Notwendige, was jetzt dabei ansteht. Es würde um diese Doppelregel gehen, sozusagen die Set-aside-Regel als einen Strang und dieses Ziel als den anderen Strang, wie SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.) das soeben bereits skizziert hatte, hierbei mit voranzubringen und dafür ein klares Signal zu geben.

Drittens war die Frage von Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bezüglich der Staaten, die hier Widerstände zu 30 Prozent oder in diese Richtung 25 Prozent domestic bringen, was ja in allererster Linie Polen ist. Alle anderen Staaten, die dazu auch grummeln, verstecken sich hinter Polen und würden nach meiner Einschätzung, wenn es für Polen eine Möglichkeit gibt, sich zu bewegen, sich dabei mitbewegen. Von daher möchte ich die Antwort auf Polen konzentrieren. Auf der einen Seite sehen wir, dass anders, als viele erwartet hatten, nachdem es im März dieses Doppelvetos von Polen im Umweltrat gegeben hat, dass jetzt in Polen eine Bewegung ist, weil die Polen überrascht waren, wie isoliert sie gewesen sind. Und weil sie aus verschiedenen, auch

europapolitischen Gründen nicht in so einer Isolation stehen bleiben wollen. Das heißt, dass dort eine größere Bewegungsbereitschaft da ist, als das vor März gewesen ist. Zweitens: Was Polen im Moment versucht, ist, diese Debatte strikt von der Debatte über den Haushalt in der EU zu trennen, wo Polen der größte Empfänger im Rahmen der Kohäsionsfonds ist und ich glaube, es wäre wichtig, zu signalisieren, dass das schon ohne jetzt zu sagen, man nimmt so und so viel Millionen Euro dort weg oder so, aber dass man diese Punkte hier schon in dem Gesamtkontext auch sieht und betrachtet. Darüber hinaus aber dann ein Paket zusammenstellt, wo Polen und die großen Besorgnisse von Polen tatsächlich aufgenommen werden können. Das heißt, eine Besorgnis ist Energiesicherheit in Polen und wo mit dem Infrastrukturpaket, was in der EU im Moment vorbereitet wird - die Fragestellung verbunden ist: Können Gaspipelines dementsprechend ausgebaut werden? Und die Sorgen, wenn man auf Kohle verzichtet, dass man von Gas in eine Abhängigkeit von Russland kommt, wo vieles auch irrational davon ist. Aber um hier in den Dialog um die Fragestellungen hereinzukommen, wie können Investitionspakete für Energieeffizienz und erneuerbare Energien aussehen, wo man zwischen Deutschland und Polen auch bilateral dementsprechende Punkte mit ansprechen kann und die Fragestellung, wo das, was als Anreize Polen nach dem ersten Emissionshandelsdeal erwartet hat, dass Sie für besondere effiziente Kraftwerke bestimmte Zuschüsse bekommen, dass man in dem Punkt dann jetzt auch konkret wird und sagt, das haben wir damals versprochen, das muss jetzt auch dabei umgesetzt werden. Das ist so ein Punkt, wo Polen sagt, wir werden wieder billig abgespeist mit irgendwelchen Floskeln und damals wurden uns Sachen versprochen, die sind nicht umgesetzt worden.

Ich glaube, dass man auf dieser Grundlage durchaus weit kommen kann. Ich möchte nur davor warnen, dabei nicht große Schlupflöcher aufzumachen. Es ist uns nicht geholfen, wenn wir dann am Schluss eine hohe Zahl dort stehen haben, aber z. B., indem man Polen erlaubt, die Hot Air aus der vergangenen Periode zu nutzen, de facto überhaupt nichts erreicht hat, sondern nur Greenwash betrieben hat, indem eine höhere Zahl da steht und dieselben Zertifikate in anderer Form ins System mit hineinkommen. Das wäre einfach ein Etikettenschwindel, der uns überhaupt nicht helfen würde.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann habe ich zwei Fragen noch für die erste Runde. Das ist zum einen Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU) und dann Abg. Michael **Kauch** (FDP).

Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU): Die Antwortrunde jetzt unmittelbar vorher hat nun schon Wege aufgezeigt. Für uns im Umweltausschuss ist die entscheidende Frage: Wie kommen wir gemeinsam voran? Dass, was sich Sachverständige wünschen, dass wir hier ein fraktionsübergreifendes Bemühen haben, dies ist der Fall.

Deswegen noch einmal die Nachfrage an Sie, SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.), und auch an SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.): Ist denn die Investitionssicherheit vielleicht ein Aufhänger, um die Wirtschaft davon zu überzeugen, dass jetzt ein kurzfristiger Sieg, nämlich keine Erhöhung, langfristig sich sehr negativ auf die Ertrags- und Investitionssicherheit auswirken würde?

Vorsitzender: Vielen Dank, dann noch Abg. Michael **Kauch** (FDP).

Abg. Michael **Kauch** (FDP): Die Frage geht jetzt wieder an SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.) und SV Dr. Hubertus **Bardt** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln).

Es wurde bereits in den bisherigen Statements angesprochen, dass das Zusammenwirken von deutschem und europäischem Ziel Strukturwirkungen hat. Wenn wir das deutsche Ziel unkonditioniert ernst nehmen - und das ist die Politik dieser Koalition - im Zusammenspiel mit dem europäischen Ziel, Branchen eben unterschiedlich be- und entlastet werden. Je nachdem wie hoch das europäische Ziel ist. Wenn Sie das noch einmal detaillierter darstellen könnten. Insbesondere im Blick auf die Frage, welche Wirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft insgesamt die Be- oder Entlastung bestimmter Branchen hat. Oder, ob es eine solche volkswirtschaftliche Gesamtwirkung nicht gibt.

Vorsitzender: Vielen Dank, dann SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.) bitte.

SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.): Ich glaube, dass diese Frage der Investitionssicherheit tatsächlich im Kern dessen liegt, was wir im Moment hier als Problem haben. Wenn man mit Akteuren der Wirtschaft redet, dann ist diese Frage, wie wird für die Energiewende, wie wird für die Umsetzung der Klimaziele Investitionssicherheit geschaffen, tatsächlich die zentrale Fragestellung.

Dann möchte ich auch noch einmal aus der Stellungnahme von SV Dr. Hubertus **Bardt** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln) einen Punkt aufgreifen. Er beschreibt als die Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen, die

Höhe der CAPs. Ich glaube, für die Industrie ist viel wichtiger, dass die Höhe der Preissignale in etwa absehbar ist und verlässlich. Dass also die Rahmenbedingungen, die tatsächlich da sind, auf deren Grundlage man Investitionen tätigt, die ja einerseits auf Kostenbasis, andererseits das Risiko, was man dabei hat, dass sich das plötzlich verändert, dass diese zwei Signale, die verlässlich jetzt notwendig sind, um einen verlässlichen Rahmen aufzuspannen.

Wir sehen von ganz vielen Akteuren in der Wirtschaft, vom Handwerk angefangen - die ja im Moment etikettieren, hier wir sind die Ausstatter der Energiewende in diesem Bereich - bis hin zu vielen Mittelständlern und auch großen Unternehmen, wie Alstom, Siemens oder vielen anderen, dass sie diese Klarheit der Rahmenbedingungen als Allerwichtigstes im Moment ansehen. Wenn wir es einigermaßen ernst meinen, mit einem langfristigen Klimaziel von 80 bis 95 Prozent bis 2050, um dort hinzukommen, dann ist klar, was das bedeutet. Die EU-Kommission hat ausgerechnet, das kostengünstigste wäre hier von 35 bis 40 Prozent in dem Range-Ziel und auf dem kostengünstigsten Pfad zu sein bis 2050. Das heißt, nur 30 Prozent ist wirklich am unteren Rand davon, um hier für verlässliche Rahmenbedingungen kohärent mit dem, was in der Zukunft vor uns liegt, zu setzen.

Vorsitzender: Vielen Dank, SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.): bitte.

SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.): Ich widerspreche SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.) ungern. Vielleicht würde ich es ein bisschen spezifizieren. Der Terminus der Investitionssicherheit ist ja eine konsensstiftende Leerformel. Investitionssicherheit - was heißt das? Die Strategieabteilungen der Unternehmen, die interessieren sich für langfristige Ziele. Die Investitionen werden aber in Investitionskomitees beschlossen und für die zählen die Kosten, und zwar die Kosten und Erlöse mit den entsprechenden Unsicherheiten. Und das ist das entscheidende Problem. Wie ich vorhin schon ausgeführt habe, haben wir im Moment einen Überschuss im System, der äquivalent zu sämtlichen Emissionsminderungsanstrengungen auf der bisherigen Trajektorie bis zum Jahr 2025 ist. Das heißt bis zum Jahr 2025 ist das CO₂-Preissignal pure Spekulation. Das ist Spekulation, dass im Jahr 2025 wieder einmal echte Kosten fällig werden und man deswegen sich heute schon Zertifikate kauft, die mit 10 Prozent verzinst und die dann ins System gibt. Bei einer Periode, wo wir über 13 Jahre ein CO₂-Preissignal haben, was im Wesentlichen auf Spekulation beruht, ist die Unsicherheit, die bei

Investitionsentscheidungen drin ist, enorm. Investitionen werden am Ende des Tages über Zeiträume von - wenn es hoch kommt - 20 Jahren gerechnet. Das heißt, über Dreiviertel des Investitionsberechnungszeitraumes ist das CO₂-Preissignal eine Spekulation. Deswegen ist dieser Überschuss so ein großes Problem. Obwohl wir bereits heute im Gesetz haben, im Jahr 2050 müssen alle dem Emissionshandelssystem unterliegenden Anlagen ihre Emissionen um 70 Prozent mindern. Das ist das Problem. Wir brauchen also sozusagen diese langfristige Trajektorie, die so wichtig für die Strategieabteilungen ist. Wir brauchen aber auch ein fundamental begründetes Preissignal über einen Zeitraum, in dem Investitionen gerechnet werden. Es wäre kein Problem, wenn wir einen Überschuss über zwei Jahre oder so hätten. Aber über mehr als 15 Jahre ist das ein massives Problem. Deswegen glaube ich, muss man diese 2030-Zieldiskussion um diese Reparaturdiskussion im EU-Emissionshandelssystem ergänzen. Diesen Zusammenhang muss man berücksichtigen. Deswegen ist es auch so wichtig, dass man bei einer Anschärfung des Ziels auf der EU-Ebene nicht anfängt, wieder zusätzliche CDM-Mengen - und diese Forderungen wird es ja geben - ins Emissionshandelssystem zu kanalisieren. Weil die dann wieder genau sozusagen diesen Überschusseffekt erzeugen. Das ist, glaube ich, ein wichtiges Problem. Das ist eine komplexe Thematik, aber deswegen - die Investitionsabteilung und die Strategieabteilung müssen beide bedient werden. Wenn man nur eine von beiden bedient, ist das ein erhebliches Problem.

Zur Frage von Abg. Michael **Kauch** (FDP): Das ist auch wieder eine komplexe Frage, weil sie zwei Dimensionen hat. Die erste Dimension ist, was sind die Folgen für die - ich sage jetzt einmal - ETS-regulierten Unternehmen? Wenn dann mehr EEG kommen muss oder was auch immer, oder zusätzliche Energieeffizienz, das ist relativ schwierig zu beziffern. Da gibt es viele Modelle, die führen nicht ganz richtungssicher zu Ergebnissen. Was aber wichtig ist und ich glaube, da gibt es die größere Verzerrung, wenn Sie sich das einmal klar machen: Wir haben durch das heutige Emissionshandelssystem 21 Prozent gegenüber 2005. Das ist die Emissionsminderung, die in Deutschland durch das Emissionshandelssystem realisiert wird. Der Rest fließt irgendwie ab. Das heißt, es bleibt zum 40-Prozent-Ziel eine Lücke in Deutschland von 169 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent. Die müsste man eigentlich außerhalb des Emissionshandelssystems erbringen. Wenn Sie sich einmal klar machen, die Gesamtemissionen vom Verkehr sind in Deutschland 150 Millionen Tonnen, die gesamten Gebäudeemissionen sind

auch noch einmal so ungefähr 150 Millionen Tonnen, d. h. Sie müssten im Grunde genommen die Hälfte der Gebäudeemissionen und die Hälfte der Verkehrsemissionen einsparen, um das hinzukriegen. Das ist eine Verzerrung, die sichtbar ist, sozusagen nicht so sehr im Bereich der emissionshandelsregulierten Unternehmen, sondern im Bereich der Staatshaushalte. Weil die Gebäudesanierung ist am Ende des Tages in der Regie, wo wir heute sind, sozusagen Zuschussprogramm. Ich glaube, das ist das, was man dazu sagen kann.

Vorsitzender: Herzlichen Dank. Als Nächstes SV Dr. Hubertus **Bardt** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln) zur Beantwortung der Frage von Abg. Michael **Kauch** (FDP).

SV Dr. Hubertus **Bardt** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln): Ganz herzlichen Dank. Ich würde gerne auch noch kurz einen Satz zur Ergänzung sagen. Die Unternehmen brauchen, um planen zu können, sicherlich mehr als nur ein abstraktes CAP. Sondern sie benötigen auch Regelsicherheit. Wir müssen versuchen, politische Risiken aus dem Markt herauszunehmen und den Emissionshandel nicht zu etwas zu machen, was auf kurze Frist je nach Wetterlage sozusagen nicht im klimatischen Sinne, sondern eher im politischen und ökonomischen immer neu justiert wird, ohne dass das vorher in irgendeiner Form für die Unternehmen kalkulierbar ist. Mit politischen Risiken ist da sehr viel schwerer umzugehen als mit ökonomischen und auch mit Preisrisiken. Zu der Frage: Wie wirkt sich das auf die Struktur der Industrie oder der Wirtschaft aus, wo gibt es sozusagen Unterschiede zwischen den Betroffenen? Wir haben im Augenblick die Situation, dass wir im ETS-Sektor, also bei den Unternehmen, die dem ETS unterliegen, im Prinzip ja eine europäische Gleichbehandlung haben. Ich weiß, da gibt es durchaus wesentliche Ausnahmen, aber im Prinzip und daran ändert sich auch zunächst einmal nichts im europäischen Vergleich, wenn das Ziel innerhalb des Emissionshandels angehoben wird, also das CAP reduziert wird. Die Situation in der Wirkung, in der Wettbewerbswirkung außerhalb des Emissionshandels ist natürlich da und verschlechtert sich für die Unternehmen in der Situation. Nicht für alle Unternehmen, es gibt einige, die sehr gut die Preise weitergeben können. Gerade wenn wir es nicht mit international vernetzten Märkten zu tun haben, sondern nur mit nationalen. Das führt dann allerdings auch wieder zu Drittwirkungen. Die ganze Strompreisfrage, Strompreis-erhöhung. Wer trägt das am Ende? Es ist jetzt gerade auch entschieden worden, wie ein Ausgleich für stromintensive Unternehmen hier

stattfindet. Es gibt viele Unternehmen, die nicht stromintensiv sind, für die das trotzdem dann ein Kostenfaktor ist. Wir haben die Diskussion über Strompreishöhe in den Haushalten. Es verteilt sich dann natürlich so ein Stück weit die Kostenwirkung. Wir sind noch stärker, als wir das bisher sind, in dieser sehr unschönen und ordnungspolitisch natürlich irgendwo zwischen Second-Best- oder Third-Best- oder Fourth-Best-Lösung. Aber wir diskutieren dann über Ausnahmen von Regeln und der Druck wird zunehmen. Wir haben bisher durch die Erhöhung des deutschen Ziels von 30 auf 40 Prozent einen höheren Reduktionsdruck im Nicht-ETS-Sektor. Und die Frage ist: Ist das überhaupt realisierbar? Die Frage ist zu Recht gestellt. Den andere europäische Länder in der Form nicht haben oder erst dann auch haben, wenn das europäische Ziel entsprechend erhöht wird. Das sind typischerweise allerdings auch Sektoren, wo oftmals die Wettbewerbsdimension nicht so gravierend und so stark ist. Es gibt sicherlich auch viele Unternehmen, die davon profitieren - keine Frage. Das Handwerk ist genannt, Anlagenbauer, viele andere mehr.

Die Frage ist erstens, wie ist dieser isolierte Effekt zu sehen? Das ist ja nicht so, dass hier eine Nachfrage bedient wird, wo ansonsten das Geld dafür vergraben worden wäre, sondern stattdessen werden andere Dinge, andere Investitionen oder andere Konsumausgaben auch nicht getätigt. Und zweitens die Frage nach der Gesamtwirkung, ich glaube, man tut sich keinen Gefallen, wenn man jetzt versucht, das gesamtwirtschaftlich sauber ausrechnen zu wollen und sagt, ich habe hier ein plus X oder minus X und damit dann den eindeutigen Maßstab für die Frage, wie hoch das Ziel ist.

Vorsitzende: So, danke schön. Dann geht es jetzt in die nächste Runde. Das heißt Schwerpunkt zwei: Bedeutung für das Erreichen des nationalen Klimaziels. Dann Abg. Frank **Schwabe** (SPD).

Abg. Frank **Schwabe** (SPD): Vielen herzlichen Dank. Ich habe jeweils eine Frage an SV Dr. Hubertus **Bardt** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln) und SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.).

Ich will Ihnen wirklich nicht zu nahe treten, SV Dr. Hubertus **Bardt** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln), aber ich will noch einmal deutlich machen – vielleicht wissen das nicht alle – dass Sie der Sachverständige sind, der von der FDP benannt worden ist. Nach dem Spielchen, das Abg. Michael **Kauch** (FDP) hier aufgeführt hat, ist eigentlich deutlich, welche Haltung die FDP an der Stelle hat und wer eigentlich dieses Ziel auch in Deutschland entsprechend blockiert. Ich habe mir Ihre Stellungnahme, die Sie

schriftlich verfasst haben, noch einmal umfangreich zu Gemüte geführt. Dort schreiben Sie: „Ein europäisches 20-Prozent-Ziel korrespondierte mit einem deutschen 30-Prozent-Ziel, 30 Prozent auf EU-Ebene sollten Hand in Hand mit 40 Prozent in Deutschland gehen. Die einseitige Erhöhung des unkontingierten deutschen Minderungsziels auf 40 Prozent hat diesen direkten Zusammenhang infrage gestellt.“ Darf ich Sie so verstehen, dass Sie dafür plädieren, dass das 40-Prozent-Ziel in Deutschland aufgehoben wird? Und wenn nicht, können Sie noch einmal sagen, - Sie haben es gerade schon versucht, ansatzweise darzustellen - in welchen Bereichen, wenn man das 40-Prozent-Ziel in Deutschland weiterhin ernst nehmen und es nicht zum 30-Prozent-Ziel auf europäischer Ebene kommt, müssten in welcher Größenordnung zusätzliche Anstrengungen vorgenommen werden, um das 40-Prozent-Ziel zu erreichen? Die Frage an SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.) geht in der Tat zur Frage des Haushalts und zur Finanzierung der Energiewende: Vielleicht können Sie einmal darstellen, welche Auswirkungen ein CO₂-Preis, wie wir ihn gerade sehen, auf die Finanzierung der Energiewende hat. Ursprünglich gab es einen Preis von 17 Euro, den die Bundesregierung angenommen hat. Jetzt in den neueren Planungen geht man von 10 Euro aus und der reale Preis, Sie haben es gerade mehrfach gehört, ist zurzeit etwa bei 6,50 Euro. Was heißt das eigentlich für die einzelnen Maßnahmen, die über die Einnahmen aus dem Emissionshandel finanziert werden und inwiefern ist das, was als Energiewende auch von der Bundesregierung postuliert wird, damit eigentlich in Gefahr?

Vorsitzende: Danke schön. Dann Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.).

Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Mich würde einmal interessieren, die Frage ist an SV Dr. Niklas **Höhne** (Ecofys Germany), - abgesehen davon, dass Sie gesagt haben, wenn die Maßnahmen umgesetzt werden, die schon verabschiedet sind, müssten 30 Prozent bis 35 Prozent drin sein: Wie müsste ein Ziel der EU aussehen, wenn wir wirklich dieser Vorreiter im Klimaschutz sein wollten, als EU? Gerade nach dem, was wir über China und Korea gehört haben, die im Prinzip doch auch Schritte unternommen haben. Also wäre die Frage: Wie hoch? 40, 50, wie viel Prozent müssten wir wirklich als EU machen, dass wir ehrlich Vorreiter wären und nicht nur mit Worten, sondern mit Taten. Das wäre die Frage, die ich an Sie hätte.

Und eine zweite Frage an SV Giles **Dickson** (Alstom): Sie sprachen vorhin kurz davon, dass die EU plant, die Zertifikatsversteigerung zu verschieben. Wenn sie das planen, nach welchen Kriterien wird sie das machen? Wird sie das machen, bis die Zertifikate alle sind, aufgebraucht sind? Oder wird sie einfach nur ein Datum sagen, jetzt um 2 Monate oder um 4, das würde mich einmal interessieren, wie da die Vorstellungen sind. Danke schön.

Vorsitzende: Danke schön. Dann Abg. Bärbel **Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Abg. Bärbel **Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe zwei Fragen. Eine habe ich an SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.) und eine an SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.). Ich möchte vorher aber noch einmal kurz zur Ausführung von Abg. Michael **Kauch** (FDP) sagen: Wir haben uns eben noch einmal informiert. Minister Franz Untersteller ist nie offiziell angefragt worden. Es gab am 11. Mai 2012 eine Anfrage an die Poststelle des Umweltministeriums. Minister Franz Untersteller hätte gar nicht kommen können, weil heute Landtag ist und weil er dort anwesend sein muss. Was die Klimaziele von Baden-Württemberg angeht, da haben die das realistischere korrigiert, weil aufgrund der Politik der Vorgängerregierung bis 2020 die Ziele nicht zu erreichen sind. Aber für 2025 hat man sich höhere Klimaziele gesetzt und versucht, die nicht von Grün-Rot, ich sage einmal, verursachte Delle, sondern von Schwarz-Gelb verursachte Delle durch zusätzliche Maßnahmen zu kompensieren. Man macht also genau das, was SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.) gesagt hat. Man muss Zielen eben auch Instrumente hinzufügen, um das auch zu erreichen.

Jetzt zu den Fragen an die beiden Experten. Die erste Frage ist an SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.): Eben ist auch bei Ihnen deutlich geworden, wenn die EU ein 30-Prozent- oder ein 20-Prozent-Ziel hat, dann kann man nicht automatisch in Deutschland ein 40-Prozent-Ziel erreichen. Das heißt, das geht auseinander. Deshalb würde mich interessieren, was bedeutet das für Deutschland, wenn die EU weiter ihr 20-Prozent-Ziel beibehält? Was bedeutet das für unsere Bereiche hier? Sowohl, was den Emissionsbereich angeht, aber auch was den Nicht-Emissionshandelsbereich angeht, also Verkehr und Gebäude.

Und ich habe eine Frage an SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.). Wir haben momentan den Energie- und Klimafonds, aus dem auch die Energiewende hier in Deutschland bezahlt werden soll. Eben ist schon sehr deutlich darauf hingewiesen worden, dass momentan durch die

sinkenden Einnahmen das Geld für diese Energiewende hier nicht zur Verfügung steht. Eben kam übrigens eine Meldung, dass an der bayerischen Börse der Handel mit CO₂-Zertifikaten eingestellt worden ist. Wegen des Einbruchs der Preise gibt es dort keinen Handel mehr. Auch das macht es noch einmal deutlich. Es ist eine sehr schwierige Situation. Was würde es für die Energiewende hier in Deutschland bedeuten, wenn wir die Erhöhung des europäischen Klimaziels erreichen würden? Die 25 Prozent oder 30 Prozent, also 25 Prozent domestic plus Set-aside oder die 30 Prozent. Was würde das mit diesem europäischen Ziel für unseren deutschen Energie- und Klimafonds und für unsere deutsche Energiewende hier bedeuten?

Vorsitzende: Danke schön. Dann beantworten wir jetzt gleich die Fragen zu diesem Punkt. Ich beginne mit SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.), die Frage von Abg. Bärbel **Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.): Aktuell geht die Bundesregierung von Einnahmen in der Höhe von 2,2 Milliarden für 2013 aus und legt dieser Annahme einen Zertifikatspreis von 10 Euro zugrunde. Dementsprechend werden jetzt schon die klimarelevanten Ausgaben im Energie- und Klimafonds (EKF) für 2013 reduziert. Die Förderung erneuerbarer Energien erhält 85 Millionen Euro weniger, die im Bereich nationaler Klimaschutz werden um 42 Millionen gekürzt und der internationale Klima- und Umweltschutz wird dabei sogar fast um 100 Millionen zusammengestutzt. Wir sehen aber, dass die 10 Euro eben auch eine unrealistische Ansage sind. Das heißt, dass de facto dann noch deutlich weniger Geld zur Verfügung stehen wird. Pi mal Daumen noch einmal mindestens ein Drittel weniger. Das heißt, wenn wir die entsprechende Finanzierung, die wir hier einerseits für die Energiewende in Deutschland, andererseits für den internationalen Klimaschutz brauchen, im Sinne des Verursacherprinzips durch den Emissionshandel mit zumindest einen Teil finanzieren wollen, - es ist ja nicht alles, was da herauskommt an Unterstützung - dann brauchen wir dringend diese entsprechende Erhöhung als doppelte Rahmensetzung. Erstens durch den CO₂-Preis und zweitens durch die Finanzierung, um die Energiewende dabei mit voranzutreiben.

Ich habe vorhin vergessen, eine Teilfrage von Abg. Frank **Schwabe** (SPD) zu beantworten. Darf ich mir erlauben, diese auch noch zu beantworten, Frau Vorsitzende? Das war die Frage, was es für Deutschland bedeuten würde, wenn es auf 30 Prozent erhöht wird, was es für das deutsche Ziel bedeuten würde. Es gab

verschiedene Studien, die darauf hingedeutet haben, dass das in etwa 43 Prozent für Deutschland bedeuten würde. Jüngst gab es jetzt gerade vor wenigen Wochen eine Studie von Bloomberg, die den kostengünstigsten Weg, wie das in Europa zu erreichen ist, errechnet haben, der dazu führen würde, dass das pro Bürger nur den Preis von wenigen Tassen Kaffee, wie es in deren Presseerklärung hieß, an Zusatzkosten bedeuten würde. Wir haben dann nachgefragt, es war in der Studie nicht so eindeutig beschrieben, was denn für Deutschland da zugrunde liegt. Das sind in diesem Fall 40 Prozent, die für Deutschland zugrunde gelegt werden. In dieser Größenordnung, zwischen 40 und 43 Prozent würde ich dazu, nach meinem Kenntnisstand, die Angabe machen.

Vorsitzende: Danke schön. Dann SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.), Sie haben die Fragen von Abg. Frank **Schwabe** (SPD) und Abg. Bärbel **Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.): Es ist wieder eine komplexe Materie. Die erste Antwort ist simpel. Wenn der Zertifikatspreis nur 6,50 Euro ist, und geplant waren 10 Euro, dann sind die Einnahmen ein Drittel weniger. Das ist klar. Wo das gekürzt wird, ist dann eine politische Entscheidung. Aber ich will diese Frage noch einmal auf die Reparaturmechanismen zurückspeiegeln. Weil man sich eines auch einmal klar machen muss: Wenn wir kurzfristig ein Set-aside machen, dann führt das dazu, dass der CO₂-Preis steigt. Aber: Es führt natürlich auch dazu, dass weniger Zertifikate verauktioniert werden. So eine Faustregel für Deutschland: etwa ein Drittel weniger. Weil das wird ja herausgenommen, steht nicht zur Verfügung. Das heißt, man muss das Maßnahmenpaket daran orientieren, wenn man es einmal aus der Einkommenseite sieht, dass letztendlich der CO₂-Preis mindestens um 50 Prozent steigen muss, wenn die Auktionierungsmengen um 30 Prozent sinken, um auf ein Nullsummenspiel zu kommen. Wie gesagt, nur einmal so als Orientierungsgrößen. Wie gesagt, übernächste Woche gibt es von uns dann eine ausführlichere Analyse. Set-aside macht kurzfristig ungefähr 2,50 Euro höheren Zertifikatspreis, kurzfristig - also 2013. Das ist dann längerfristig höher. Wenn man Set-aside mit 30-Prozent-Ziel oder Anpassung des linearen Reduktionsfaktors auf 2,25, technisch gesprochen, kombiniert, dann ist man immerhin in der Größenordnung von 4 bis 4,50. Das heißt: In einem solchen Paket ist es auf der Einkommenseite vorteilhaft. Aber auch nur in einem solchen Paket. Andererseits, wenn man nur kurzfristig Auktionierungsmengen

herausnimmt, führt es zwar zu einem höheren Preis, aber auch zu einer geringeren Menge. Das muss man sich immer sehr klar machen. Deswegen muss man, glaube ich, bei all diesen Diskussionen immer das Paket im Kopf haben und sich nicht auf eine einzelne Maßnahme konzentrieren. Das ist eine ganz wichtige Sache. Wie gesagt, langfristig wird der CO₂-Preis in jedem Fall steigen. Die Frage ist nur: Bis zu welchem Zeitpunkt beruht diese Steigerung auf Spekulation und ab wann ist sie wieder fundamental? Spätestens ab 2025 ist sie fundamental. Wenn man dieses Paket macht, kann man diesen Zeitpunkt vorziehen - auf vor 2000. Das heißt, dann wäre man auch in einer Situation, wo die Einkommenssituation aus den Versteigerungen robuster ist, weil sie auf Fundamentaldaten beruht. Im Moment ist das ja immer, wie gesagt, diese 10 Prozent abdiskontierte Erwartung, die man da hat. Das ist ein wichtiger Punkt. Das heißt also, kurzfristig kann man da durch intelligente Gestaltung einen leichten Vorteil herausbekommen. Der richtige Vorteil, der kommt dann über die 10-Jahres-Frist. Deswegen ist es auch wichtig, dass dieses Set-aside für lange Zeit drin ist, weil sonst der Markt diesem Mechanismus nicht glaubt, und dann gibt es auch keine 2,50. Dann hat man nämlich nur ein Drittel weniger Auktionierungsmengen, aber keinen Preiseffekt und das wäre dann dort der absolut größte anzunehmende Unfall.

Die zweite Frage mit den Reduktionen: Wie gesagt, das ist vergleichsweise einfach. Wir haben im Moment im Emissionshandel eine Minderung um 21 Prozent gegenüber 2005. Das heißt für Deutschland etwa 100 Millionen Tonnen CO₂ jährlich. Wenn wir das deutsche Ziel einhalten wollen, dann müssen wir 169 Millionen Tonnen in anderen Bereichen machen. Wenn man das überschlägt, würde es letztendlich dazu führen, dass man im Transportsektor, im Gebäudesektor, in der Landwirtschaft, jeweils mindestens ein Drittel der Emissionen sparen muss. Und das ist innerhalb von 8 Jahren, glaube ich, nicht unmöglich, aber sehr ambitioniert und auch sehr teuer für den Staatshaushalt. Das muss man nüchtern sehen. Das heißt also, wenn man diese 100 Millionen Tonnen, die im Moment über den Emissionshandel bereitgestellt werden, noch einmal um 50 Millionen erhöht – das könnte man mit diesem Paket machen – dann bleibt trotzdem noch sehr viel im Bereich der Gebäude und im Bereich des Transports und im Bereich der Landwirtschaft zu tun. Aber dann ist das nicht mehr in einer solchen Größenordnung unmöglich. Das muss man sich immer klar machen. Das übergreifende Instrument, das ist das Schöne, aber auch das Problem, führt die Emissionsminderung, die man über dieses Ziel

von 21 Prozent hinaus macht, dazu, dass die ins Ausland abwandern. Das ist auch o.k., führt dann aber eben nicht zum zusätzlichen Klimaschutz.

Vorsitzende: Danke schön. Dann SV Dr. Hubertus **Bardt** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln) zur Frage von Abg. Frank **Schwabe** (SPD).

SV Hubertus **Bardt** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln): Ganz herzlichen Dank. Zunächst einmal möchte ich noch klarstellen: Die Antworten, die ich hier gebe, sind meine Antworten und nicht die Antworten von Dritten. Sie haben zwei Sätze aus der Stellungnahme zitiert, in der beschrieben ist, wie die Situation vor wenigen Jahren war - 20 Prozent konditioniert, 30 Prozent in der EU und parallel dazu 30 Prozent konditioniert, 40 Prozent als Ziel der Bundesregierung. In der Tat, mit dem Wegfall der Konditionierung des deutschen 40-Prozent-Ziels, ist auch dieser direkte Zusammenhang weggefallen. Ich habe das auch kommentiert, als das geschehen ist, und Sie können es sich wahrscheinlich denken, wie ich es kommentiert habe. Die Frage ist jetzt: Ist denn das Ziel erreichbar? In der Tat, die Zahlen, die SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.) eben auch noch einmal präsentiert hat, zeigen sehr deutlich, wie anspruchsvoll und wie schwierig das ist. Die Frage ist allerdings, ob das dann bedeuten sollte ... Und Ihre Frage an mich war, ob ich jetzt für eine Rücknahme dieses 40-Prozent-Ziels plädieren würde. Ich bin kein Freund davon, Ziele alle zwei Jahre anzupassen und so zu sortieren, wie weit man gerade kommt. Ich bin weder ein Freund davon, zu sagen, das Ziel ist jetzt aber schon ein Jahr früher erreicht, also müssen wir es kurzfristig verschärfen, noch sehen wir im Augenblick nicht, wie es erreicht werden soll und deshalb lassen wir es bleiben. Es ist extrem anspruchsvoll. Ich habe große Zweifel, ob das am Ende des Tages erreichbar sein wird. Wie das zu bewerten ist, ist dann eine Frage, die man auch vor dem Hintergrund der internationalen Klimaverhandlungen und der Fortschritte, die es da gibt und die Anstrengungen, die hier international gemacht werden, einsortieren muss. Erst daraus können sich eigentlich dann tatsächlich die längerfristigen Ziele ableiten und aus den längerfristigen dann die mittelfristigen.

Vorsitzende: Ja, danke schön. Dann SV Giles **Dickson** (Alstom), Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.) hatte noch eine Frage an Sie gestellt.

SV Giles **Dickson** (Alstom): Danke, Frau Vorsitzende. Zur Frage des Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.) über Set-aside: Wie wird es eigentlich funktionieren? Ab Januar nächsten

Jahres trennt sich das europäische Emissionshandelssystem in zwei Teile. 55 Prozent der CO₂-Zertifikate werden durch die Mitgliedstaaten auktioniert. Rund 45 Prozent der Zertifikate werden der Industrie direkt und kostenlos zugeteilt. Das Set-aside betrifft nur die ersten 55 Prozent. Das heißt, es werden keinem Unternehmen Zertifikate weggenommen, die ihnen kostenlos zugeteilt werden. Wie viele Zertifikate - wenn wir die Auktionierung nach hinten verschieben - wissen wir noch nicht ganz genau. Das ist eine Frage, die momentan innerhalb der Europäischen Kommission debattiert wird. SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.) hat von 2 Milliarden Überschuss, 1,5 Milliarden Überschuss gesprochen, das Europäische Parlament spricht von einem Überschuss von 1 bis 1,4 Milliarden. Wir wissen nicht, was da herauskommen wird. Wir freuen uns auf einen Vorschlag der Kommission in den kommenden Wochen oder Monaten. Aber es ist klar, das betrifft nur die auktionierbaren Zertifikate.

Vorsitzende: Danke schön. Dann noch SV Dr. Niklas **Höhne** (Ecofys Germany), die Frage von Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.).

SV Dr. Niklas **Höhne** (Ecofys Germany): Die Frage war, was die EU unternehmen müsste, um international wirklich als Vorreiter zu gelten. Die Antwort würde ich in zwei Dinge unterteilen, in Ziele und Maßnahmen, die umgesetzt werden, um Treibhausgase zu reduzieren. Bei den Zielen hatten wir schon gesagt, das 20-Prozent-Ziel der Europäischen Union bis 2020 wird als nicht ausreichend und nicht ambitioniert angesehen, erfüllt deutlich nicht die Vorreiterrolle. Die Zahlen, die dort hineinpassen würden hatte ich vorhin genannt. Eingangs 30 bis 35 Prozent wäre das Ziel, das die EU übernehmen müsste in 2020, um als ambitioniert zu gelten, im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen. Wichtiger finde ich aber, wenn die EU wirklich die Vorreiterrolle übernehmen möchte, sich über Ziele für 2030 Gedanken zu machen, denn 2020 ist sehr nah und wir haben es mit einem sehr langfristigen Problem zu tun. Und hier ein Ziel festzulegen, das auch wieder ambitioniert ist, wäre sehr hilfreich. Auch im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen, um andere Länder dazu zu bewegen, sich langfristig auch Ziele zu setzen. Da würde ich eine Zahl von 45 bis 50 Prozent unter 1990 im Jahr 2030 nennen. Der zweite Teil ist: Was muss die EU unternehmen, im Sinne von Maßnahmen, um als Vorreiter zu gelten? Da sind drei Dinge wichtig. Wir hatten schon erwähnt, das Emissionshandelssystem wird international sehr genau beobachtet und als Modell genommen, um in anderen Ländern umgesetzt zu werden.

Wir haben es hier schon erwähnt, dass, wenn das Emissionshandelssystem der Europäischen Union scheitern sollte, das hätte fatale Folgen für andere Emissionshandelssysteme oder für die, die noch in anderen Ländern in Entwicklung sind. Das heißt, die EU muss unbedingt, um als Vorreiter zu gelten, hier den EU-Emissionshandel anpassen, wie er eben hier beschrieben wurde, eben über Set-aside oder Anpassung der CAPs.

Zweiter Punkt wäre Erneuerbare. Da ist die EU in der Tat sehr weit vorn und da gilt sie bereits als Vorreiter. Das, würde ich sagen, ist sehr gut.

Der dritte Punkt aber, Energieeffizienz: Da ist noch einiges mehr zu leisten. Ich hatte es schon erwähnt, das Energieeffizienzziel 20 Prozent wird nicht erreicht. Es ist die Energieeffizienzrichtlinie auf dem Tisch, die noch diskutiert wird. Und daher gilt es sicherlich, diese so auszugestalten, dass sie konsistent mit dem 20-Prozent-Energieeffizienzziel ist. Nur dann kann die EU auch wirklich als Vorreiter gelten.

Vorsitzende: Danke schön. Bevor ich die nächsten Redner aufrufe, bin ich gebeten worden, etwas klarzustellen. Es gab die Frage, ob der Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württembergs, Franz Untersteller, eingeladen wurde oder nicht. Er wurde vom Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eingeladen und hier ist auch die Absage des Ministers wegen anderer Terminverpflichtungen. Also: er wurde eingeladen.

Abg. Andreas **Jung** (Konstanz) (CDU/CSU): Er ist als Person eingeladen worden. Aber wahr ist natürlich, es wäre ihm unbenommen gewesen, sich durch Beamte des Ministeriums vertreten zu lassen. Insofern stellt sich die Frage, warum er das nicht gemacht hat. Wir können vielleicht ja einfach ... Es ist kein Anlass zur Aufregung, es war einfach nur die Frage, das formal klarzustellen. Wir können ihn vielleicht im Nachgang um eine schriftliche Erläuterung bitten.

Vorsitzende: Also, er ist eingeladen worden und ich glaube, es wäre vielleicht gut, wenn die beiden streitenden Fraktionen das dann untereinander klären würden.

Abg. Bärbel **Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann die Vorsitzende vielleicht das Einladungsschreiben einfach herumschicken, dann ist es doch für alle transparent.

Vorsitzende: Wir schicken das auf Bitten von Abg. Bärbel **Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) herum.

Wir sind jetzt immer noch bei Punkt zwei. Als Erster Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende, eine Nachfrage an SV Dr. Niklas **Höhne** (Ecofys Germany): Dieser Emissionshandel ist doch sehr zweischneidig, merkt man jetzt. Auf der einen Seite ein allumfassendes Instrument, was die europäischen Klimaschutzanstrengungen koordiniert, Synergien schafft und so weiter. Wenn es klappt – alles gut. Wenn es nicht klappt, so wie jetzt, sind wir sozusagen mit verhaftet - als Mitgliedstaat. Mitgehangen, mitgefangen. Wir können unsere eigenen Klimaziele nicht mehr erreichen, wenn das europäische Klimaschutzziel nicht angepasst wird.

Meine Nachfrage ist: Sie haben eben erwähnt, in Korea gibt es ein Modell, was mit einer Instanz arbeitet, die sozusagen auch eingreifen kann. Wir haben gehört, in anderen Staaten, Großbritannien, wird mit Floors, also mit Untergrenzen gearbeitet. SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.) hat ausgeführt, dass er strikt dagegen ist, dass überhaupt so ein Korridor festgelegt wird. Eine erste Einschätzung von Ihnen, ob das Emissionshandelssystem, so wie wir es jetzt kennen, nicht eine solche Lenkung braucht, ob die Zertifikate dem freien Spiel des Marktes überlassen werden dürfen, wenn eine effektive Klimapolitik hier Erfolg haben soll.

Vorsitzende: Gibt es noch weitere Wortmeldungen zu diesem Block? Wenn nicht, dann bitte ich die Frage zu beantworten.

SV Dr. Niklas **Höhne** (Ecofys Germany): Es gibt dort zwei Meinungen. Die eine Meinung ist, man darf nichts am System ändern, weil das eine Marktverzerrung bedeuten würde. Das war lange Zeit die Position der Kommission – also auch bei der Zielsetzung – dass dort das Stichwort Ex-Post-Korrektur ist. Das wurde abgelehnt, weil das nachträglich etwas verändern würde. Das war lange Zeit die Position der Kommission. Das scheint sich langsam aufzuweichen, indem man jetzt eben über Set-aside nachdenkt. Auf der anderen Seite gibt es eben den Ansatz, der fängt mit einer CO₂-Steuer an, und wo man ein ähnliches Instrument hat, das eben einen festen Preis hat und dann hat man klar Stabilität beim Preis, aber die Mengen sind eben nicht begrenzt. Interessant zu sehen, wird es in Australien, wo ein Emissionshandelssystem eingeführt wird, es eben anfängt mit einem festen Preis und erst, wenn das System sich eingependelt hat, man dann in einen Markt übergeht. Das ist auch wieder ein anderer Ansatz, wo man anfängt, eben mit einem festen Preis reinzugehen und

dann später das in ein Handelssystem auszubauen. Das ist der Plan dort. Wie gesagt, es kommt auf den Einzelfall darauf an, auch was die Gesamtrahmenbedingungen sind. Festlegen würde ich mich nicht, welcher der beste Ansatz ist. Sicher ist auf alle Fälle, dass im EU-Emissionshandelssystem eben durch diese Veränderungen eine Anpassung nötig ist und das wir hier klar sehen, dass wenn diese Anpassung nicht stattfindet, das Emissionshandelssystem eben so nicht effektiv sein kann.

Vorsitzende: Danke schön. Dann gehen wir zum dritten Punkt: Bedeutung für die internationale Klimapolitik. Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Frage an SV Prof. Anders **Levermann** (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung), eine an SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.).

SV Prof. Anders **Levermann** (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung), Sie haben gerade ausgeführt, irgendwann werden uns die Naturgrenzen dazu zwingen, den Kurs zu ändern und effektiv Klimaschutz zu betreiben. Das deckt sich mit den Erkenntnissen, die wir in der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität haben. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass die natürlichen Grenzen unserer Ökosysteme uns keine Knappheitssignale übersenden, anders als das bei normalen Rohstoffen der Fall ist und dass deshalb die Märkte nicht funktionieren können, dass also vorher eingegriffen werden muss. Grenzen müssen also politisch gesetzt werden. Das meinen Sie wahrscheinlich auch, denke ich einmal.

Aber wie sieht denn das verbleibende Budget aus, was wir noch haben? Da gibt es vom PIK (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung) und vom WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung - Globale Umweltveränderungen) Forschungen dazu. Und wäre es möglich, auch wenn die USA oder China jetzt nicht mitmachen sollten - bei einem globalen Effort, diese Grenzen einzuhalten bzw. was sind die Notwendigkeiten, die wir in den nächsten fünf Jahren brauchen?

Und an SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.) die Frage: Es ist schon deutlich geworden, das haben Sie auch aus den Verhandlungen in Bonn erzählt, wie hoch die Erwartungen an die Europäische Union sind und dass die Frage des 30-Prozent-Ziels, die Anhebung des Klimaziels, des europäischen Klimaziels, tatsächlich eine Kernforderung auch ist.

Wie beurteilen Sie denn die Chancen, dass überhaupt eine Allianz, wie sie sich in Durban

gezeigt hat, mit den schwächsten Staaten, mit einer großen Menge der Entwicklungsländer, erfolgreich weitergeführt werden kann, wenn ein solches Signal nicht erfüllt ist?

Zweitens, was sind denn die anderen Punkte, die von der Europäischen Union und von Deutschland neben der Erhöhung des Ziels erwartet werden?

Vorsitzende: Danke schön. Dann Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.).

Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, eine Frage an SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.) und an SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.).

Wie beurteilen Sie die Anrechnungsmöglichkeiten von Zertifikaten aus CDM- (Clean Development Mechanism) oder JI-Projekten (Joint Implementation) hinsichtlich des CO₂-Preises, auf die Lenkungswirkung des Emissionshandelssystems, insbesondere die Anrechenbarkeit von 22 Prozent? Ist das sinnvoll? Müsste das verändert werden?

Vorsitzende: Gut, dann die Antworten. Beginnen wir mit SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.), die Fragen von Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.).

SV Christoph **Bals** (Germanwatch e. V.): Zunächst zu Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Wir sind ja in dem internationalen Klimabereich in der Situation, wo wir wissen, zumindest mit höchster Wahrscheinlichkeit wissen, dass wir von Seiten der USA in diesem Jahrzehnt keine große Bewegung in der internationalen Klimadebatte sehen werden. Wir sind jetzt in der Situation, dass man für 2015 ein Abkommen beschließen will, was für die Zeit nach 2020 gilt und wo alle mit dabei sein wollen und wo wir gleichzeitig darüber verhandeln, wie die Ambitionen vor 2020 noch gesteigert werden können. Das sind die großen Dinge, die auf dem Tisch liegen. Wenn man sich die Erwartungen der EU anschaut, dann ist erst einmal die grundlegende Basis dafür, dass man selber mit einem Ziel dort hineingeht. Das Ziel, das man international durchsetzen will, dass man unter dem Zwei-Grad-Limit, wie SV Prof. Anders **Levermann** (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung) gesagt hat, das ist kein Ziel, sondern ist eine Obergrenze, immer unter diesem Ziel, unter dieser Obergrenze bleibt, dass das eigene Ziel damit kohärent ist - also 30 bis 35 Prozent von der EU dabei.

Zweitens ist es so für die Zeit vor 2020 konstruiert, dass man sagt, die Entwicklungsländer sollen auch ihre Ambitionen

steigern. Sie sollen aber dazu auch finanziell und technologisch Unterstützung aus den Industrieländern bekommen, wahrscheinlich abgestuft. China erwartet es nicht, dass sie finanziell unterstützt werden, aber viele andere erwarten das, dass sie dabei finanziell unterstützt werden.

Wenn man diese Dynamik erzeugen will, ist die Langfristfinanzierung dafür, also wie man sich den in Kopenhagen und dann in Cancún und in Durban zugesagten 100 Milliarden nähert, die jährlich von den Industrieländern an öffentlichen und privaten Geldern mobilisiert werden sollen, um Klimaschutz, Regenwaldschutz und Anpassung zu finanzieren, die zweite große Frage. Ob man dort liefern kann, dass man dazu einen Plan mit auflegt. Das sind die zwei großen Herausforderungen auf der inhaltlichen Ebene.

Die andere ist dann im Bereich der Allianzbildung. Es ist so, wenn man wie SV Dr. Hubertus **Bardt** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln) jetzt herangeht und sagt, wir brauchen ein internationales Abkommen, sonst macht es keinen Sinn, eine Vorreiterrolle einzunehmen. Dann können wir bis 2020 den internationalen Klimaschutz vergessen. Dann ist es auch eine Aufgabe vor dem PEAK-Jahr, was SV Prof. Anders **Levermann** (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung) eingefordert hat, deutlich vor 2020 den Höhepunkt der Emissionen zu erreichen. Dann haben wir das Zwei-Grad-Limit aufgegeben. Das ist einfach nicht kompatibel. Die Alternative dazu ist, die notwendigen Allianzen aufzubauen. Dort ist die Allianz erst einmal mit den besonders verletzlichen Staaten, wo es dann die EU plus diese Staaten, immerhin 110 Staaten sind, die dann relativ ähnliche Forderungen haben, wenn die EU in diesen zwei zentralen Punkten mit liefern kann und eine glaubwürdige Strategie hat. Und dann sind die nächsten Schritte, wie kommt man an die progressiveren Staaten innerhalb der Basic-Staaten heran, wo im Moment in Mexiko eine wegweisende Klimaschutzgesetzgebung vor drei, vier Wochen verabschiedet worden ist, die vom Präsidenten dort in wenigen Tagen, ich glaube am 4. Juni 2012, unterzeichnet werden soll. Das ist das Ambitionierteste, was wir bisher in einem Schwellenland gesehen haben. Wo es in Südkorea sehr spannende Aktivitäten gibt, in Indien, national einiges von den Staaten unterschiedlich getan wird. Und wo immerhin in China für 300 Millionen Menschen inzwischen Low-Carbon-Development-Zonen im neuen Fünfjahresplan eingerichtet worden sind. Wo jetzt mit Emissionshandel, verschiedenen Anreizsystemen, experimentiert wird, wie man ab 2020 ein verbindliches System bekommen kann. Das heißt, dort müssen wir die Allianzen zusammenbringen, um über das jetzige Ambitionsniveau hinauszugehen. Es ist

vollkommen richtig, die EU allein ist für den Klimaschutz, wenn es nur um die Emissionen der EU geht, nicht mehr relevant, aber als die, die hier solche Koalitionen mit voranbringen kann, wo wir gemeinsam vorangehen können, das kann ohne die EU nicht gelingen. Und da bin ich mir absolut sicher, wenn die Europäische Union (EU) mit den Schwellenländern tatsächlich mehr Ambitionen in diese Debatte hereinbringt, dass es dann nicht lange dauert, bis die USA, allein aus ökonomischen Gründen, mit dabei sein möchten.

Vorsitzende: Dann SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.), die Frage von Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.).

SV Dr. Felix Christian **Matthes** (Öko-Institut e. V.): Wie ich schon vorhin gesagt habe, die Flutung des Systems mit CDM-Zertifikaten ist Teil des Problems und zwar ein massives Teil des Problems und wird auch in den nächsten Jahren ein massives Problem bleiben.

Ich möchte nur noch einmal zwei Zahlen sagen, die das sehr eindrücklich belegen. Wir haben im Moment in der CDM-Pipeline Zertifikate, die sich für das Europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS) qualifizieren - da gibt es jetzt ein paar Standards - in der Größenordnung von 2,5 Milliarden Zertifikaten, kumuliert. In das EU-Emissionshandelssystem dürfen bis 2020 noch 1,0 einfließen. Das heißt also, der Preis für CDM-Zertifikate ist price taker. Die gehen unter jeglichen Preis, der sich im EU-Emissionshandelsmarkt ergibt und wirken deswegen so, als ob der Preis gleich null wäre. Das heißt, die sind Teil dieses kumulierten Überschusses. Das ist ein Problem, das ist passiert. Denn diese 22 Prozent, das muss man auch nüchtern dazu sagen, Deutschland hat ja die größte Summe sich da anerkannt. Kein anderes EU-Mitgliedsland hat sozusagen so viele Zertifikate ins System gelassen. Wie gesagt und für die Vergangenheit muss man einfach nüchtern sehen, dass der allergrößte Teil der Zertifikate, die bis 2011 ins System geflossen sind, welche sind, wo die Zusätzlichkeit, Stichwort „Industriegase“, massiv infrage steht. Da steht auch sozusagen der Klimaschutzeffekt durchaus infrage. Deswegen muss man aufpassen, dieses Kind ist in den Brunnen gefallen. Das ist da. Deswegen muss man aufpassen, dass eine Verschärfung des Ziels und der CAPs nicht mit einem zusätzlichen Entitlement für zusätzliche Zertifikate kombiniert wird. Das möchte ich auch noch einmal sagen. Wer das EU-ETS kritisiert, muss sich auch immer die Alternative sozusagen vorstellen. Und da würde ich einfach noch einmal für einen pragmatischen Ansatz werben, weil die Polarität von SV Dr. Niklas **Höhne** (Ecofys Germany)

nicht richtig war. Wir haben den ordnungspolitischen Konservatismus, das ist das, was SV Dr. Hubertus **Bardt** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln) aufgeschrieben hat. Wir setzen das System und lassen es laufen und versuchen, nicht einzugreifen. Aber die Alternative dazu ist doch nicht nur Offenmarktpolitik oder Preissteuerung. Sondern es gibt auch die Methode, die im Moment in der EU diskutiert wird. Dass wir ein robustes System schaffen, wo wir aber definieren, an welchen Punkten und bei hohen Schwellenwerten wir eingreifen dürfen.

Und natürlich, wenn die Wirtschaftsentwicklung in der Perspektive ein Niveau von 15 bis 20 Prozent unter der Projektion erreicht, geht das System kaputt. Und da muss man eingreifen, ohne dass man das sozusagen mit Preissteuerung oder Offenmarktpolitik verwechselt. Ich glaube, dieser pragmatische Weg - dass man schon ein robustes System behält, wo nicht permanent eingegriffen wird, dass man aber Kriterien und Bereiche definiert, an denen man eingreifen darf und muss, um das System zu erhalten - das wird gehen. Denn, wenn man das nicht tut, geht das System verloren. Und dann machen wir Klimaschutz mit sehr viel hässlicheren Instrumenten, und da gibt es auch die real-weltliche, schöne, neu wieder aufkommende Frage: Steuer versus Emissionshandelssystem. Die vergleicht immer die Lehrbuchsteuer mit dem real-weltlichen Emissionshandelssystem. Und wenn ich einmal die real-weltliche Energiesteuer in diesem Land betrachte, dann ist die Realität der Energiesteuer die Steuerausnahme. Und das ist noch viel fürchtbarer als alles das, was man sich da sonst noch so vorstellen kann.

Vorsitzende: Danke schön. Dann SV Prof. Anders **Levermann** (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung) für Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

SV Prof. Anders **Levermann** (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung): Lassen Sie mich erst einmal sagen, dass ich mich sehr freue, dass ich heute so wenig sagen muss. Das bedeutet, dass wir eine wesentlich schnellere Lernkurve hatten, als ich das erwartet habe. Vor zwei Jahren habe ich noch Vorträge gehalten wie verrückt. Und jetzt wissen Sie das alles schon. Das ist sehr schön. Ich bin kein Ökonom und kann deswegen keine Aussagen über die ökonomischen Rückkopplungen machen und werde das auch nicht tun.

Rein naturwissenschaftlich können wir sagen, dass die Menge an CO₂ ..., das Klimasystem macht es uns leicht. Es geht nämlich tatsächlich darum, wir haben einen Kuchen von Kohlendioxidemissionen, den wir bis 2050

aufteilen können. Das sind 750 Milliarden Tonnen weltweit und dieser Kuchen muss aufgeteilt werden. Wenn die EU ihren Teil da heraus nimmt, dann reicht es sicher nicht aus, um dieses Ziel zu erreichen. Dann wird er etwas später aufgegessen, der Kuchen, etwas später. Welche Feedbacks und welche Rückkopplungen es da noch im System gibt, da werde ich jetzt einmal nicht darauf eingehen. Aber prinzipiell, wenn sich einer da herauszieht, das habe ich so weit verstanden, wird es im Allgemeinen billiger und die anderen können mehr kaufen. Aber da will ich einmal nicht in die Tiefe gehen.

Ich möchte noch einmal hervorheben, weil sie fragten, ob es um Ökosysteme geht, nein, es geht nicht um Ökosysteme. Ich bin Physiker, ich stehe gern einmal in einem Ökosystem, aber im Prinzip sind die mir egal. Ein bisschen hart ausgedrückt. Nein, es geht hier tatsächlich um die Versorgungsketten auf der Erde und es geht um die Menschen. Mein Antrieb sozusagen sind die Menschen.

Ich möchte noch einmal Folgendes hervorheben. Auf dem Pfad, auf dem wir uns gerade befinden, der Business-as-usual-Pfad, der ist gerade vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) neu gerechnet worden. 20 bis 25 Modelle weltweit rechnen gerade diese Emissionspfade wieder aus. Und der Pfad, auf dem wir uns gerade befinden, der bringt uns im Jahr 2100 bei einigen dieser Modelle auf 7° C über Vorindustriell, bei einigen Modellen im Mittel im Bereich 5 ° C. Danach geht es weiter. Es gibt keine Grenze, die uns das Klimasystem setzt, sondern dann sind wir bei einigen Modellen bei 15 ° C in 2200.

Und wie gesagt, ich mache hier keine politische Rede, sondern, ich sage Ihnen die naturwissenschaftlichen Fakten. 15° C sind dreimal Eiszeit, nur in die andere Richtung. Das ist einfach nichts, wo man sagt, o.k. da bauen wir die Autobahn woanders hin und dann geht das schon, neben dem Sturm. Sondern dann erwarten wir einfach ein Feuerwerk von Extremereignissen. Deswegen reden wir auch nicht mehr über Ökosysteme und darüber, ob die Eisbären aussterben, sondern wir reden über den Druck auf diese Gesellschaft. Das ist das, was ich vorhin gemeint habe.

Vorsitzende: Danke schön. Gibt es noch weitere Fragen? Ihre letzte Rede, wenn ich das sagen darf, war so beeindruckend, dass wir auch im Moment etwas sprachlos sind. Für mich war es sehr beeindruckend, was Sie gesagt haben. Und wenn es keine Fragen mehr gibt, dann würde ich die Anhörung beenden. Ich denke, sie war sehr inhaltsreich. Ich bedanke mich herzlich bei allen Sachverständigen und ich denke, unser letzter Sachverständiger hat uns noch einmal vor Augen geführt, welche Aufgabe und welche

Verantwortung wir haben. Und ich denke, dieser Verantwortung müssen wir alle, die wir hier in diesem Raum sitzen, auch gerecht werden. Ich bedanke mich noch einmal ganz herzlich.

Schluss der Sitzung: 12:17 Uhr

Eva Bulling-Schröter, MdB
Vorsitzende

Horst Meierhofer, MdB
Stellv. Vorsitzender